

## Mao Tse-tung droht der UN

Annahme der amerikanischen Resolution würde friedliche Verhandlungen nicht mehr zulassen

**LAKE SUCCESS.** Der indische Delegierte Raus warnte den UN-Ausschuß vor der Annahme der amerikanischen Resolution. Er habe vom indischen Botschafter in Peking erfahren, der chinesische Außenminister Tschou En-lai hätte erklärt, die Annahme der amerikanischen Resolution werde als feindliche Handlung aufgefaßt werden und die Türe zu friedlichen Verhandlungen zuschlagen.

Raus gab zu verstehen, daß die chinesische Erklärung von „höchster Stelle“ ausginge, also der chinesische Staatschef Mao Tse-tung selbst der Initiator sei. Raus Mittelung wird in Lake Success als „dramatische Zuspitzung“ empfunden.

Die Annahme der amerikanischen Resolution zur Brandmarkung des kommunistischen Chinas als Angreifer in Korea war am Montagabend so gut wie gesichert, nachdem sich über die Hälfte der 60 UN-Mitgliedstaaten auf der Sitzung des politischen Ausschusses für den Plan ausgesprochen haben.

Zahlreiche Staaten wurden durch mildernde Abänderungsvorschläge des libanesischen Delegierten veranlaßt, der Resolution nun doch ihre Unterstützung zuzusagen. Danach sollen sämtliche Schritte der UN, die auf die Verhängung von Sanktionen gegen Rotchina abzielen, sofort rückgängig gemacht werden, wenn der von den USA geforderte Schlichtungsausschuß Fortschritte hinsichtlich einer friedlichen Lösung macht.

Die Gruppe der zwölf asiatischen und arabischen Länder hat ihren Vorschlag zur Einberufung einer Siebenmächtekonferenz über fernöstliche Probleme erneut modifiziert und dem politischen Ausschuß unterbreitet. Nunmehr wird gefordert, daß die Konferenz zunächst einen Waffenstillstand in Korea herbeiführen solle, bevor an die Erledigung der anderen Fragen herangegangen werde.

### UN-Truppen im Angriff

**PUSAN.** Die alliierten Truppen in Westkorea gingen am Dienstag erneut zum Angriff über. Panzerspitzen erreichten Punkte bis zu 20 km nördlich von Suwon.

Am Montag hatten die UN-Verbände erstmals wieder lebhafteste Kampfberührung mit chinesischen Truppen. Die Chinesen setzten etwa 30 000 Mann ein.

## Englands neues Rüstungsprogramm

Attlees Erklärungen vor dem Unterhaus / In drei Jahren 55 Milliarden

**LONDON.** Premierminister Attlee legte am Montag im Unterhaus das neue Verteidigungsprogramm mit der Begründung vor, der Friede könne nur gesichert werden, wenn die Verteidigung der freien Welt stark genug sei, jeden Angreifer abzuschrecken. Die gesamten Verteidigungsausgaben Großbritanniens betragen danach in den nächsten drei Jahren 4,7 Milliarden Pfund (rund 55 Milliarden DM), das seien 1,1 Milliarden Pfund mehr als ursprünglich vorgesehen. Bis zum 1. April soll die Gesamtstärke der britischen Streitkräfte 900 000 Mann (statt 682 000 Mann) betragen.

Bis Ende nächsten Jahres sollen die Streitkräfte auf eine Million Mann erhöht werden. Die Produktion von Panzern und Flugzeugen soll bis zum Jahre 53/54 auf das Vierfache erhöht werden. Im Sommer sollen 235 000 Reservisten zu 14tägigen Übungen einberufen werden. Besonderes Augenmerk werde die Regierung auf den Ausbau der Luftstreitkräfte und der Marine wenden.

„Die gewaltigen Verteidigungsausgaben“, so sagte Attlee, „werden nicht ohne Auswirkungen auf den Lebensstandard des Volkes bleiben. Er wies die Auffassung zurück, daß der Krieg unvermeidbar sei. Um den Frieden zu erhalten, müsse das Volk diese große Last auf sich nehmen. Attlee stellte Maßnahmen zur Verringerung des Warenbedarfs auf dem zivilen Sektor in Aussicht; so müsse die zivile Bautätigkeit eingeschränkt werden.“

### Keine Waffenlieferungen

Ein Interview Erhards

**BONN.** Bundeswirtschaftsminister Prof. Erhard kündigte an, daß in wenigen Tagen Verwendungsverbote und Verwendungsbeschränkungen für gewisse Rohmaterialien erlassen würden. In einem Interview erklärte der Minister, daß von diesen Erlassen vorwiegend Nicht-Eisenmetalle betroffen würden. Er teilte weiter mit, daß für gewisse Materialien und Branchen „Generalbevollmächtigte“ ernannt würden, um eine staatliche Lenkung bestimmter Industrien zu ermöglichen. Die Berufung qualifizierter Fachkräfte aus Kreisen der Wirtschaft werde die Entstehung eines Bürokratismus verhindern.

Erhard beabsichtigt, im März nach den Vereinigten Staaten zu reisen, um dort Gespräche über den wirtschaftlichen Verteidigungsbeitrag Westdeutschlands zu führen. Dieser könne nicht in Waffenlieferungen bestehen, denn die Herstellung von Waffen sei der Bundesrepublik verboten und es fehle auch an den notwendigen Maschinen für eine entsprechende Produktion.

Im Westabschnitt der Front kam es im Laufe des Dienstags zu schweren Kämpfen. Die im Vormarsch auf Seoul sich befindenden amerikanischen Einheiten stießen auf stark befestigte Verteidigungsstellungen. Die kommunistischen Verbände setzten erstmals seit November wieder Artillerie ein.

Nach Meldungen aus Washington gab der amerikanische Generalstabschef Bradley am Montag führenden Mitgliedern des Kongresses einen optimistischen Bericht über die Kampflage in Korea. Die Situation entwickle sich „zunehmend günstig“.

### 11 Atombombenexplosionen

**LOS ANGELES.** Bisher sind auf der Erde 11 Atombomben zur Explosion gebracht worden, erklärte ein Sprecher der amerikanischen Atomenergiekommission am Montag. Die erste

Explosion erfolgte am 16. Juli 1945 in Neu-Mexiko. Dann folgten die Atombombenabwürfe auf Hiroshima und Nagasaki, zweimal explodierten Atombomben bei Bikini und dreimal beim Eniwetok-Atoll. Als neunte Explosion gilt die in der Sowjetunion, die im September 1949 von Truman bestätigt wurde. Die beiden nächsten Explosionen fanden am Samstag und Sonntag bei Las Vegas in Nevada statt.

Die Gründe, die zu den jüngsten Erprobungen von Atomwaffen in der Nevadawüste geführt haben, können über das rein technische hinaus auch politischer Art sein. In diesem Zusammenhang ist es vielleicht von Bedeutung, daß die letzten Versuche nicht irgendwo im Pazifik stattfanden, sondern in einem Raum, wo ihre Wirkung von der Umgebung deutlich wahrgenommen werden konnte.

Der Staatssekretär für die Luftfahrt, Thomas Filletter, deutete diese Gedankenänge am Montag an, als er feststellte, daß die Atombombe ebenso sehr dazu diene, den Krieg zu verhindern, als ihn zu führen. Die strategische Luftbeherrschung sei der beste Schutz für die USA und die übrige Welt.

## Grotewohl erneuert sein Angebot

Regierungserklärung vor Ostzonen-Volkskammer

**BERLIN.** In einer außerordentlichen Sitzung der Volkskammer der Sowjetzone erneuerte Ministerpräsident Grotewohl am Dienstag in einer Regierungserklärung sein Verhandlungsangebot an Bundeskanzler Dr. Adenauer. Grotewohl forderte, daß das von ihm vorgeschlagene gesamtdeutsche Gespräch „ohne Bedingungen“ aufgenommen werde.

Erforderlich sei hierfür die Bildung eines gesamtdeutschen konstituierenden Rates, Grotewohl erklärte sich bereit, mit dem Bundeskanzler „über die Durchführung freier, geheimer, gesamtdeutscher Wahlen“ zu verhandeln.

Die Ausführungen Dr. Adenauers auf der Bundespressekonferenz vom 15. Januar über

die sowjetzonale Volkspolizei seien völlig unrichtig. „Wir sind aber bereit, auch schon vor der Herbeiführung der Einheit Deutschlands über die Festlegung der Stärke des Charakters und der Bewaffnung der Polizei bei uns und selbstverständlich auch in Westdeutschland zu verhandeln.“

Der Bundeskanzler habe nicht das Recht, im Namen der deutschen Völker zu sprechen. Dr. Adenauer habe nicht nur ein Gespräch mit der Regierung der Sowjetzone, sondern überhaupt ein gesamtdeutsches Gespräch vermeiden wollen. Er bedaure die Ablehnung seines Briefes.

An die Festlegung der Oder-Neiße-Grenze seien die beiden betroffenen Nachbarvölker erst herangegangen, nachdem die Alliierten 5½ Jahre lang unfähig gewesen seien, eine Friedenskonferenz für Deutschland zustande zu bringen. Der Versuch einer Neuregelung der Grenzfrage aber würde die Herbeiführung eines neuen Krieges und die Vernichtung Deutschlands bedeuten. Außerdem schlug Grotewohl vor, ein gesamtdeutsches Friedensschutzgesetz „nach den Bestimmungen des Grundgesetzes“ zu schaffen.

### Keine Amnestie

**LONDON.** Die britische Regierung hat eine Amnestie für Deutsche, die von britischen Gerichten wegen Kriegsverbrechen verurteilt worden sind, abgelehnt. Bei solchen Personen, die wegen brutaler Vergehen gegen die Menschlichkeit verurteilt sind, könne, so stellte ein Regierungssprecher im Unterhaus fest, keine Amnestie in Frage. Doch werde der britische Hohe Kommissar Kirkpatrick im Laufe des Jahres sämtliche Urteile gegen Kriegsverbrecher, die in der britischen Zone gefangen gehalten würden, überprüfen. Diese Prüfung solle im Hinblick auf eine etwaige Begnadigung erfolgen.

## Schumacher lehnt Pleven-Plan ab

Gegen Beteiligung an der Pariser Konferenz / Kritik an Bereitschaftspolizei

**BONN.** Der Pleven-Plan sei „absolut uneuropäisch“, erklärte der Vorsitzende der SPD, Dr. Schumacher, am Montag auf einer Pressekonferenz in Bonn. Schumacher sprach sich gleichzeitig gegen eine deutsche Beteiligung an der für 6. Februar vorgesehenen Pariser Verteidigungskonferenz. Der Pleven-Plan sei eine „Deklaration der Deutschen als Menschen zweiter Klasse und gebe ihnen lediglich die Chance zum Blutvergießen. Das „Geschwätz von deutscher Gleichberechtigung“ müsse aufhören, wenn man gleichzeitig dahingehend manipulierte, die Deutschen von der Gleichberechtigung auszuschalten.

Zur Entwicklung der personellen Zusammensetzung der Bereitschaftspolizei äußerte Schumacher, sie sei „schlecht und verantwortungslos“. An den ersten Ausbildungskursen für Offiziere hätten vorwiegend SS-Männer und ehemalige Mitglieder der NSDAP teilgenommen.

Die deutschen Auslandsschulden sollten grundsätzlich anerkannt werden, wenn man die Identität der Bundesrepublik mit dem Reich zugestehen, was aber nicht bedeute, daß die Zahlung nach „einseitig diktierten Modalitäten“ zu erfolgen habe. Außerdem müßten die deutschen Auslandsguthaben in Anrechnung gebracht werden.

Zur Frage der Wiederaufrüstung äußerte Schumacher, man sollte noch keine Vorbereitungen treffen, sondern zunächst einmal ob-

jektiv prüfen, was die Bundesrepublik überhaupt leisten könne.

Über einen Brief des KPD-Vorsitzenden Max Reimann an die SPD, in dem der KPD-Vorstand vorschlug, beide Parteien sollten in gemeinsamer Beratung „Maßnahmen zur Erhaltung des Friedens“ beschließen, äußerte der SPD-Vorsitzende, dieses Schreiben sei „ohne politische Bedeutung und damit nicht vorhanden“. Die Kommunisten könnten, wenn sie wollten, die Gemeinsamkeit in der Sowjetzone bei der Behandlung der Sozialdemokraten und der Konzentrationslager beweisen. Sie seien die „wahre Aufrüstungspartei in allen Ländern“.

Zur Aufforderung des Bundeskanzlers, wieder Informationsgespräche zu führen, äußerte Schumacher, er halte solche Gespräche für „selbstverständlich“ und erwarte einen zweiten Brief des Kanzlers.

### Dr. Maier bei Dr. Lehr

Thema: Südweststaatsfrage

**Stuttgart.** Ministerpräsident Dr. Maier ist am Dienstag zu einer Besprechung mit Bundesinnenminister Lehr nach Bonn gefahren. Gegenstand der Unterhaltung ist die Mitteilung Dr. Maiers im Landtag über die Absicht der Bundesregierung, die Entscheidung über die Südweststaatsfrage auszusetzen. Die Einladung zur Besprechung ging vom Bundesinnenminister aus.

## Nach dem Haltsignal

Von unserem Bonner A.R.-Mitarbeiter

Die grundsätzliche Einigung über die umstrittenen Fragen des Mitbestimmungsrechts hat in Bonn ein begreifliches Aufatmen ausgelöst. Aber weder die Regierung noch das Parlament verhehlen sich, daß durch die Entwicklung der letzten Wochen Fragen aufgeworfen worden sind, die das Problem einer Staatskrise vor Augen gerückt haben. Zwar wird wahrscheinlich in den kommenden Wochen, wenn der Gesetzentwurf über die vereinbarte Mitbestimmung in der Schwerindustrie vor das Parlament kommen wird, wieder viel von einer Regierungs- und Koalitionskrise die Rede sein, die zum beliebigen Thema geworden ist, das bemerkenswerterweise jedoch von den unmittelbar Beteiligten, den Regierungsparteien wie der Opposition, nicht ernst genommen wird.

Durchaus möglich ist, ja sogar wahrscheinlich, daß zwei Parteien der Regierungsmehrheit, die Freien Demokraten und die Deutsche Partei, diesem Gesetz nicht zustimmen werden, und sich die stärkste Regierungspartei, die CDU, zur Mehrheit für diese Beschlüsse mit der SPD vereinigen kann. Aber, wie die Lage ist, wird die Koalition an diesem Auseinanderfallen bei diesem Punkt nicht zerbrechen, schon deswegen, weil eine andere Mehrheit in dem jetzigen Bundestag nicht denkbar ist. Am Neuwahltag aber wegen der Mitbestimmungsregelung an der Ruhr zu denken, verbietet sich in einer Zeit wie der heutigen, in der elementare Entscheidungen anderer Art keine Wahlkampfyphose, sondern ein handelndes Parlament erfordern.

Nicht nur die Fraktionen des Bundestags, die einer „Mitbestimmung durch die Gewerkschaften“ abhold sind, als welche sie eine Vertretung der Belegschaft im Aufsichtsrat durch betriebsfremde Funktionäre oder Beauftragte der Gewerkschaftsorganisation bezeichnen; haben Verhandlungen der Regierung unter der Drohung eines Massenstreiks für untragbar erklärt. Auch Abgeordnete der CDU, welche mit diesem Mitbestimmungsrecht für Kohle und Stahl durchaus einverstanden sind, haben schwere Bedenken gegen die psychologischen Auswirkungen der Art des Zustandekommens dieser Vereinbarungen und auch in den Reihen der Sozialdemokraten, deren Gesetzentwurf über das Mitbestimmungsrecht sich mit den Forderungen der Gewerkschaften deckt, wird das grundsätzliche Problem dieser Streikdrohung für das Parlament gesehen.

Es war die allgemeine Überzeugung, daß dieser Streik in seinen Auswirkungen nicht nur eine wirtschaftliche, sondern auch eine politische Katastrophe geworden wäre, welche den Bestand des Staates aufs Spiel gesetzt hätte. Auch diejenigen, die die Haltung des Kanzlers prinzipiell nicht billigen, erkennen die zwingende Notwendigkeit an, diese Katastrophe zu vermeiden, aber auch diejenigen, welche mit den Vereinbarungen zufrieden sind, geben zu, daß jetzt ein Gesetz der Regierung aus dem Ultimatum einer außerparlamentarischen Organisation geboren wurde.

Die Klage ist lebhaft, daß die Regierung selbst Schuld an dieser Entwicklung trägt. Ihr Gesetzentwurf zur Mitbestimmung nahm keine Notiz davon, daß ein wesentlich weitergehendes Mitbestimmungsrecht praktisch schon durch alliierte Anordnung bei den entflochtenen Stahlwerken bestand, so daß der Weiterbestand dieses Mitbestimmungsrechtes nicht sicher erschien. Die Erklärung des Arbeitsministers, daß sein Gesetzentwurf diese Bereiche „ausklammere“, kam sehr spät. Sie kam erst nach der Streikdrohung und sie war offensichtlich erst in diesem Augenblick formuliert und sehr unglücklich formuliert. Denn einerseits konnte keiner der Abgeordneten, der sie vernahm, in dem Gesetzentwurf selbst auch nur eine Andeutung dieser Ausklammerung erblicken und andererseits sprach der Minister von den Grundindustrien allgemein, obwohl er nur Kohle und Stahl meinte. Auch die brieflichen Erklärungen des Wirtschaftsministers an die Gewerkschaften konnten mißtrauische Gesprächspartner nicht unbedingt befriedigen und diese Unsicherheit wurde das auslösende Moment für die Gewerkschaften.

Diese aber weiteten bald ihr Ziel, die Beibehaltung dieses Zustandes, auf die Kohle aus und es gab Anzeichen genug, daß die gesamte Grundindustrie einbezogen werden solle und diese Regelung nur der Auftakt zur allgemeinen Einführung des paritätischen Mitbestimmungsrechtes in der deutschen Wirtschaft werden solle. Es wurde offen von der „revolutionären Wandlung“ der Wirtschaftsordnung gesprochen. Die Perspektive grundlegender Wandlungen durch eine Art Generalstreik schien keine Einbildung zu sein.

Wenn nach dem Halt-Signal jetzt gesagt wird, daß es weder Sieger noch Besiegte gegeben habe, so sei die Richtigkeit dieses schönen Wortes nicht weiter untersucht. Aber unstrittig richtig ist, daß der Besiegte das Parlament hätte werden können, und ebenso unstrittig ist, daß ein Sieg über das Parlament zu einem Ende geführt hätte, an dem es im Sinne der Demokratie nur noch Besiegte gegeben hätte.

# Wichtige Anfragen im Landtag

Die 100. Sitzung — Debatte über Landtagswahlgesetz noch nicht abgeschlossen

**BEBENHAUSEN.** (Eig. Bericht) Anlässlich der 100. Landtagsitzung gab Landtagspräsident Gengler zu Beginn der Dienstsitzung eine kurze Rückschau über die bisher im Landtag geleistete Arbeit. In den bisher abgehaltenen 100 Sitzungen der ersten Legislaturperiode des würt.-hohenzollerischen Landtags wurden, wie der Präsident mitteilt, außer den Staatshaushaltsplänen 143 Gesetze, darunter 15 Initiativgesetze, beraten und beschlossen.

In 67 großen und 55 kleinen Anfragen wurden von der Staatsregierung Auskünfte verlangt und gegeben. Zu 197 aus der Mitte des Hauses gestellten selbständigen Anträgen wurde von dem Haus Stellung genommen, 287 Eingaben sind behandelt worden, wertvollste Kleinarbeit wurde in 863 häufig ganztägigen Ausschusssitzungen für die Plenarsitzungen geleistet.

Präsident Gengler sagte: „Ansehnliche Leistungen, Fortschritte und Erfolge auf politischem, kulturellem, wirtschaftlichem und sozialem Gebiet sind zu verzeichnen. Berücksichtigt man hierbei die Zeitverhältnisse, die großen Schwierigkeiten und begrenzten Möglichkeiten, so muß das Erreichte um so höher bewertet werden.“

Abschließend dankte er allen Abgeordneten für die gewissenhafte, mühevoll und verantwortliche Arbeit.

Anschließend gedachte das Hohe Haus des verstorbenen Reutlinger Fabrikanten Seitz, der Mitglied der Beratenden Landesversammlung war.

Die ersten drei Punkte der Tagesordnung betrafen drei Große Anfragen der FDP-Fraktion. Zunächst begründete Abg. Dr. Haux (FDP) die Anfrage seiner Fraktionskollegen über die Befreiung von der Grunderwerbsteuer beim sozialen Wohnungsbau und bemängelte die Haltung der Staatsregierung, die noch keinen entsprechenden Gesetzentwurf vorgelegt habe, obwohl die Anfrage seiner Fraktion schon seit 6 Wochen bekannt sei. Dr. Haux begrüßte den Initiativgesetzentwurf der SPD, der sich an das vom württemberg-badischen Landtag verabschiedete Gesetz anlehnt.

Für die Staatsregierung erklärte Ministerialrat Vowinkel u. a., daß ein entsprechender Gesetzentwurf der Staatsregierung zurzeit bearbeitet werde und der Entwurf bis zur nächsten Landtagsitzung vorliege. Bis dahin habe das Finanzministerium die Anweisung erlassen, die Grunderwerbsteuer im Sinn des zu erwartenden Gesetzes zu stunden.

Abg. Dr. Leuze (FDP) begründete anschließend die zweite Große Anfrage seiner Fraktion, die die Beschlagnahme von privaten und kommunalen Grundstücken durch die Besatzungsmacht für ihren Wohnungsbau ohne Entschädigung und ohne vorherige Befragung deutscher Stellen oder Eigentümer betraf. Dr. Leuze betonte, daß diese Anfrage sich nicht gegen den Besatzungswohnungsbau an sich richten würde, sondern gegen die Art und Weise der Durchführung.

Ministerialrat Vowinkel stellte in Beantwortung der Anfrage fest, daß die Grundlage dieser Beschlagnahmen eine Dienstanzweisung des Landeskommissars vom 5. 8. 1950 wäre, nach der Beschlagnahmen für den Landeskommissar durchgeführt werden können, von denen anschließend die Bundesregierung benachrichtigt wird. Hauptsächlich hätten sich dadurch Schwierigkeiten ergeben, daß in Tübingen die Ausstellung von Requisitionsscheinen sich verzögert habe. Die Besatzungsmacht wolle aber für die entsprechende Ausstellung von solchen Scheinen so bald wie möglich sorgen. Durch den Besatzungswohnungsbau in der französischen Zone seien im

Besatzungshaushalt 5 Millionen DM veranschlagt. Die Besatzungsmacht lehne es jedoch ab, den Kaufpreis von Grund und Boden auf den Besatzungshaushalt zu übernehmen und wolle nur Requisitionsschuldigungen für Nutzungsgebiet genehmigen. Der Bund sei grundsätzlich bereit, die Grundstücke zu kaufen.

Zu einer lebhaften Aussprache kam es nach der dritten Großen Anfrage der FDP bei der Staatsregierung, ob es ihr bekannt sei, daß durch die Erklärung des Staatspräsidenten auf dem Parteitag der CDU in Freudenstadt der Abwehrwille des Landes gegen staats- und demokratiefeindliche Elemente lahmgelegt würde. Weiter wird die Staatsregierung gefragt, wie sie sich zu dem Beschluß der Bundesregierung vom 19. 9. 50 stelle, in dem verlangt wird, alle Angehörigen von demokratiefeindlichen Organisationen aus dem öffentlichen Dienst zu entlassen. Dr. Leuze sagte, es sei bedenklich, wenn die Freiheit sich nicht schütze. Die Haltung des Landtages in dieser Frage müsse in der Debatte klar umrissen und herausgestellt werden.

Innenminister Renner, der in Vertretung des Staatspräsidenten die Anfrage beantwortete, sagte: Zu Punkt 1 der Anfrage könne er nur sagen: Nein, der Staatsregierung ist es nicht bekannt, daß der Abwehrwille des Landes durch die Erklärung des Staatspräsidenten gelähmt worden sei. Der Staatspräsident habe erklärt, daß die bloße Mitgliedschaft zur KPD nach bisheriger Rechtsprechung nicht genügen könne, um ein solches Mitglied aus dem öffentlichen Dienst zu entfernen. Es gehe nicht an, daß man die KPD zulasse und ihre Mitglieder wählen könne, aber Mitglieder der KPD entlassen werden könnten. Diese Haltung des Staatspräsidenten sei vom Kabinett einstimmig gebilligt worden. Der Beschluß der Bundesregierung widerspreche dem Artikel 18 des Grundgesetzes. Alle Entlassungsmaßnahmen wurden aber nach der gültigen Rechtsprechung geprüft und danach verfahren.

Die Debatte benützte Abg. Acker (KPD) dazu, um zu erklären, die FDP sei eine Partei der Fabrikanten, und man müsse sie als Neofaschisten bezeichnen. Abg. Acker zollte Staatspräsident Müller Anerkennung für seine anständige politische Haltung dem Gegner gegenüber, wandte sich aber scharf gegen den Bundeserlaß, der darauf ausgehe, jegliche Opposition gegen die Reaktion zu entfernen.

Abg. Dr. Leuze (FDP) wies den Vorwurf, daß die Vertreter seiner Partei Neofaschisten seien, scharf zurück und stellt fest, daß die FDP bei der Entnazifizierung das ihrige tat, um das Recht zu finden. Die FDP sei der Meinung, daß der Artikel 33 des Grundgesetzes, der Artikel 76 der Verfassung von Württemberg-Hohenzollern und der Artikel 27 des Beamtengesetzes das Treueverhältnis zwischen Beamten und Staat begründeten. Er frage, ob die Mitgliedschaft in der KPD sich mit diesem Treueverhältnis verträglich verhalte.

Innenminister Renner trug nochmals die Ansicht der Regierung vor. Die Frage nach der Verfassungswidrigkeit der KPD und ihrer Organisation müsse dem noch nicht in Tätigkeit getretenen Verfassungsgerichtshof vorbehalten bleiben.

Die große Anfrage der CDU betreffend Einstellung des Scharfschießens im Naturschutzgebiet Kniebis-Schliffkopf begründete Abg. Bäbler, daß die mit sehr erheblichen Geldmitteln des Bundes erst jetzt ausgebaute Schwarzwaldhochstraße Freudenstadt-Baden-Baden an zwei Tagen der Woche in ihrem landschaftlich schönsten Teil zwischen Alexanderchanze und Ruhstein gesperrt sei. Alle forstlichen Arbeiten in diesem ausgedehnten Waldgebiet ruhen an zwei Wochentagen. Die Einstellung des Scharfschießens sei unerlässlich. Es wurde darauf hingewiesen, daß ab morgen wieder geschossen wird. In seiner Antwort unterstrich Innenminister Renner nochmals, daß die Staatsregierung immer wieder versuche, die Schließungen der Franzosen einstellen bzw. verlegen zu lassen. Es wird erwogen, ob man zu einer Intervention bei den Hohen Kommissaren anregen soll.

Das Landesbahngesetz ist nach zweiter und dritter Beratung einstimmig gebilligt worden.

Zum Schluß der Dienstsitzung wurde das Landtagswahlgesetz, ein Entwurf der Regierung, in erster Beratung durchgesprochen, wobei sich die CDU hinter den Entwurf stellte, während alle übrigen Parteien sich scharf gegen diesen Entwurf, der eine Mischung von Mehrheits- und Verhältniswahlrecht vorsieht, wendeten.

## Einigkeit über Fernost

Besprechungen Truman-Pleven verlaufen in Übereinstimmung

WASHINGTON, Präsident Truman und der französische Ministerpräsident Pleven gaben am Montagabend bekannt, daß zwischen ihnen über die Probleme Korea und Indochina eine „fundamentale Übereinstimmung“ herrsche. Diesem ersten umfassenden Gedankenaustausch über die Fernostlage schlossen sich am Dienstag Besprechungen über europäische Fragen an. Als weitere Diskussions-themen werden genannt die Durchführung des Beschlusses, deutsche Kontingente in die westeuropäische Nordatlantikkarmee einzubeziehen, gemeinsame Maßnahmen zur Behebung der Knappheit an kriegswichtigen Rohstoffen für die Wiederaufrüstung und zur Verhinderung von Preissteigerungen dieser Rohstoffe, sowie die Vorschläge für eine Konferenz der Außenminister der drei Westmächte und der Sowjetunion.

General Eisenhower hat dem britischen Feldmarschall Montgomery und dem französischen General Juin in das atlantische Oberkommando berufen. Montgomery ist als stellvertretender atlantischer Oberkommandierender und General Juin als Befehlshaber der mitteleuropäischen Truppenkontingente in Aussicht genommen.

## Noch kein Endergebnis

Die Gemeindevahlen in Württemberg-Baden

STUTTGART. Infolge der komplizierten Auszählungsmethode, die eine Folge des Panaschierens und Kumulierens ist, werden die Wahlergebnisse der Württemberg-Badener Gemeindevahlen frühestens am Donnerstag vorliegen. Die Wahlbeteiligung liegt nach den bisherigen Zählungen zwischen 50 und 60 Prozent. Sie ist also geringer als bei allen bisherigen Wahlen im Lande. Das Interesse war in den ländlichen Gegenden größer als in den Städten.

Nach Mitteilung des Wahlamtes in Stuttgart lag nach Auszählung von etwa 50 Prozent der abgegebenen Stimmen die SPD in Stuttgart in Führung. Die Sozialdemokraten erhielten bisher 38 Prozent (gegenüber 36,3 Prozent bei den Gemeindevahlen 1947), die DVP 30 Prozent (25,9), die CDU 19 Prozent (21,6), die KPD 8 Prozent (10,5), die Deutsche Gemeinschaft 7 Prozent und die Freie Soziale Union 1 Prozent der ausgezählten Stimmen. Die Wahlbeteiligung betrug in Stuttgart 55,6 Prozent, in Karlsruhe und Mannheim 41 bzw. 44 Prozent.

## Streik abgeblasen

BGB-Bundesausschuß einverstanden

DÜSSELDORF. Der Bundesausschuß des Deutschen Gewerkschaftsbundes erklärte sich am Montag damit einverstanden, den für den 1. Februar geplanten Streik im Kohlenbergbau und in der eisenschaffenden Industrie abzublasen. Gleichzeitig billigte der Ausschuß die Bonner Einigung der beiden Sozialpartner. In einer Entschließung kam zum Ausdruck, daß der Ausschuß in dem Bonner Verhandlungsergebnis nur eine Sonderregelung für diese beiden Industriezweige erblickte. Das Mitbestimmungsrecht müsse als bald für die gesamte Wirtschaft auf betrieblicher und überbetrieblicher Ebene geregelt werden. Gefordert wurde, daß der vorliegende Gesetzentwurf zur Mitbestimmung in den beiden Grundstoffindustrien von Bundestag und Bundesrat unverzüglich verabschiedet werde. Dem Vorsitzenden des DGB, Böckler, wurde einstimmig das Vertrauen ausgesprochen.

## Revision im Flade-Urteil

15 Jahre Zuchthaus

DRESDEN. Das von einem Sowjetzonengericht verhängte Todesurteil gegen den 18jährigen Oberschüler Hermann Josef Flade wurde in einer Revisionsverhandlung entsprechend dem Antrag des Staatsanwaltes in 15 Jahre Zuchthaus umgewandelt. Noch am Sonntag hatten ungefähr 5000 Berliner gegen die Vollstreckung des Todesurteils an dem 18jährigen protestiert.

## Nachrichten aus aller Welt

**TÜBINGEN.** Staatspräsident Dr. Gebhard Müller hat sich zur Durchführung einer Kur für einige Wochen in Erholungsurlaub begeben. Er wird voraussichtlich Anfang März seine Tätigkeit in Tübingen wieder aufnehmen. In seiner Abwesenheit wird der Staatspräsident durch Innenminister Renner vertreten.

**FRANKFURT.** Mehrere Mainbrücken werden im Rahmen der westalliierten Verteidigungsmaßnahmen gegenwärtig mit Sprengkammern versehen. Eine westdeutsche Firma hat mit der amerikanischen Besatzungsarmee einen entsprechenden Bauauftrag abgeschlossen. Bereits im vergangenen Sommer wurden ähnliche Einrichtungen zur Sprengung von Straßen und Brücken entlang des Rheins geschaffen.

**DÜSSELDORF.** Der Geschäftsführer der „Rhein-Ruhr-Stahlhandels-Gesellschaft m. b. H.“, Dr. Kurt Pächel, und zwei Gesellschafter dieser Firma sind am vergangenen Wochenende vom Zollfahndungsdienst festgenommen worden. Die Inhaftierten werden verdächtigt, während der letzten zwei Jahre Waren, vor allem Stahl im Werte von über 3 Millionen DM illegal in die Ostzone exportiert zu haben. Bei diesen Geschäften sollen gefälschte Transitspapiere benutzt worden sein.

**DORTMUND.** Am Montagabend hat ein Spezialstrazg das über 130 t schwere Querhaupt der 10 900-t-Schmiedepresse vom Werksgelände des Dortmund-Hörder Hüttenvereins abtransportiert.

**BRAUNSCHWEIG.** Am Montagabend übergab die Ostzonen-Grenzkommandantur Obfeldede dem Grenzschutzdienst der Bundesrepublik erneut 26 Personen, die aus der Sowjetzone ausgewiesen worden waren.

**BERLIN.** Der 22jährige ehemalige Landesjugendreferent der mecklenburgischen LDP, Esche, ist nach einer Mitteilung der Kampfgruppe gegen Unmenschlichkeit als erster von einem Sondergericht nach den Bestimmungen des „Friedensschutzgesetzes“ zum Tode verurteilt worden.

**DEN HAAG.** Königin Juliana hat Dr. Strikker damit beauftragt, die Vorbesprechungen über die Bildung einer neuen holländischen Regierung aufzunehmen.

**WIEN.** In allen Städten und Ortschaften von Tirol, das unter der großen Lawenakatastrophe der Alpenländer am schwersten gelitten hat, fanden am Sonntag Trauergottesdienste statt. Zum erstmalig seit mehreren Tagen läuteten wieder die Kirchenglocken. — Eine Ortschaft in den spanischen Pyrenäen wurde am Sonntag von einem Lawenunglück, bei dem 6 Personen ums Leben kamen, heimgesucht.

## Schuman-Plan besprochen

Sitzung des Bundeskabinetts

BONN. Das Bundeskabinett besprach am Montag unter Vorsitz von Bundeskanzler Dr. Adenauer ausführlich den Schumanplan, um dem Leiter der deutschen Delegation in Paris, Staatssekretär Prof. Hallstein, neue Richtlinien zu geben.

Das Bundeskabinett ist der Ansicht, daß die Internationale Ruhrbehörde den Notwendigkeiten des Schumanplanes angeglichener werden muß. Eine Zweigleisigkeit zwischen Ruhrbehörde und der im Schumanplan vorgesehene hohen Behörde sei nicht möglich.

## Professor Porsche †

STUTTGART. Der bekannte Autokonstrukteur Professor Dr. h. c. Porsche ist am Dienstag gestorben.

## TOTO

KAMPF UM DEN SIEGER

ROMAN VON W. JÖRG LÜDDECKE

Alle Rechte Hansische Verlagsanstalt G. m. b. H. [31]

Das Heer der Gläubiger, wie Menschen dieser Gattung sind, ließ sich durch die kleine technische Veränderung im Nachrichtenwesen der Familie Pitsch nicht verblüffen. Gläubiger haben Ideen. Zwar kam keiner durch den Schornstein gekrochen, es kam auch keiner auf den Gedanken, per Feuerwehrliefer in den zweiten Stock zu steigen. Aber die Methoden der Blutsauger, tödlich raffiniert und im höchsten Maße lästig, fußend auf jahrtausendealter Erfahrung, schafften immer wieder Situationen, die besonders Onkel Asmus im höchsten Maße peinlich waren. Hinter jedem Pitsch, der leise im verabredeten Takt klopfend Einlaß begehrte, schoß blitzartig ein uneingeweihter, lästiger Quälgeist hervor. Und alle diese Leute waren insofern anatomische Phänomene, als es ihnen stets, selbst vom Parterre aus, gelang, den Fuß zwischen die Tür zu klemmen. Gott allein mochte wissen, wo diese Leute die langen Beine hernahmen.

Es ist müßig und überdies nicht ohne gewisse Feinlichkeit, sich mit den Details all jener Szenen aufzuhalten, die die einzelnen Mitglieder der Familie Pitsch über sich ergehen lassen mußten. Aber es bereitet eine gewisse Genugtuung, festzustellen, daß nach dem fünften Zahlungsbefehl Frau Grete planmäßig zusammenbrach und um Erbarmen in Form von 1896,22 Mark bat.

Und der Knabe Klaus-Dietrich griff unter sein Stachelschwein und zahlte.

Doch nach dieser gepfefferten Ausgabe ging er erstmalig ernstlich mit sich selbst ins Gericht. Er zog sein kleines Ausgabenbuch zu Rate und studierte es beim Schein der Stall-

laterne mit sorgengefurchter Stirn. Da stand zu lesen:

Neuer Anzug	110.—
Hut	32.90
Schuhe	29.50
Affe	75.—
Dolores für Strümpfe	50.—
Eichhörnchen	50.—
Inspektor Billy	100.—
Pferd Mc Gregor	2000.—
Armer Mann	3.—
Onkel Asmus gepumpt	100.—
Futter für Zoo	15.—
Ganz armer Mann	10.—
Stachelschwein	150.—

Solchermaßen reiheten sich die Zahlenkolonnen aneinander, Seite für Seite.

An den Reichen stellt das Leben höhere Anforderungen. Er hat sich, abgesehen von all den Attacken auf seinen Besitz, täglich auseinanderzusetzen mit der berühmten Schwundgeld-Theorie des Herrn Silvio Gesell, einer hundsgemeinen Erfindung, von der kaum ein Mensch mehr begriffen hat, als daß ihr Name fürchtbar zutrifft auf jede beliebige Summe von zwei Pfennigen aufwärts.

Klaus-Dietrich kannte diese Theorie zwar nicht, die Praxis aber war ihm sehr vertraut geworden.

Alle wollten sie etwas von ihm. Jeder motivierte seine Bitte mit so großartiger Dialektik, daß kein Kraut dazwischen gewachsen war. Und ganz ohne Zweifel geschah das, was die Familie Pitsch im zunehmenden Maße befürchtete, nämlich: das Geld wurde verplümpert. Auch Klaus-Dietrich konnte sich dieser Einsicht nicht mehr so ganz verschließen. Ihm war nicht wohl in seiner Haut. Konnte man doch beinahe den Tag absehen, an dem man das Stachelschwein gar nicht mehr benötigen würde.

Und dann die Menschen!

Wie sehr sie sich doch verändert hatten,

jedermann redete ihn mit „Sie“ an und verbogte sich tief. Alle waren sie katzenfreundlich. Ob, er wußte es wohl zu unterscheiden, was da echt und was falsch war. August zum Beispiel war echt. Das war sein Freund. Aber August hatte nie Zeit. Er war abends müde und legte sich gleich schlafen. Und wenn man ihm etwas schenkte, wurde er böse und schimpfte wegen der unnötigen Geldausgabe. Ja, er drohte sogar, das Geld gegen den Willen des Besitzers an einen anderen Ort zu verlagern.

Tino, Dolores und die Tante hingegen waren falsch. Ebenso Frau Hansen, der Wachtmeister Lange, der Kaufmann, der Hauswirt, Jonny Swing, der mit Dolores längst wieder auseinander war, Herr Bollmann, der ihn schon mehrere Male vergeblich eingeladen hatte. Alle waren sie falsch und wollten nur sein Geld.

Eigentlich hatte er nur einen Freund — und das war Inspektor Billy.

Die Welt war grau und elend und die Schule fing auch bald wieder an. Die Schulden der Familie wollte er noch bezahlen. Aber dann Schluß!

XXIX.

Klaus-Dietrich, beide Hosentaschen voll Geld und das Herz voll unbestimmbarer Trauer, stieg, nachdem er den Stall sorgfältig verschlossen hatte, die Treppen wieder empor, zur pflegeelsterlichen Wohnung. Eine Weile lagen Hausflur, Hof und Zoo im Dunkel. Dann blitzte der dünne Strahl einer Taschenlampe auf und der Zementfußboden des Hofes knirschte leise unter dem leichten Schritt von Gummisohlen.

Schlummer-Paul in Aktion! Die Wirkung von sechzehn Gläsern steifsten Grogs befüllte seinen Schritt und verlieh ihm jenen Mut, der eine betrunkene Maus auf den Tisch steigen und schreiben läßt: „Nun kommt doch mal raus mit eurer verdammten Katze!“

Unaufhörlich jedes Detail seines Tuns sich

selbst erklärend, tastete sich Paul an das Objekt heran.

„So. Jetzt über den hup-hoppla-Hof, Pst Paul. Leise, Paul, sonst werden sie munter. Die R-ratten und die Mäuse und das Stachelschwein. Und jetzt: so. So ist schön. Und nu hab ich keinen Schlüssel für das Vorhängeschloß und da brauch ich Gewalt. Peng. Basta.“

Und Paul brauchte Gewalt. Es war keine große Angelegenheit für einen Mann, der einmal einen Mulatten von 200 Pfund Leerdengewicht mit einem einzigen Kinnhaken aus dem Kattun gehoben hatte. Es gibt da einen kleinen Trick mit dem Taschentuch, der erledigt das stabilste Vorhängeschloß. Der dicke Eisenriegel war kein Problem.

„So, Paule. Und nu man tutje sutjedaseh wichtig von wegen die wilden Biester. Is ja nich nötig, daß die einen so laut begrüßen.“

Die Tür quetschte leise in den Angeln und Paul schwankte über die Schwelle.

Es gab in seinem Leben so manchen Schritt, den er später bereuen mußte. Dieser aber sollte sie alle noch überreffen.

Eben hatte Paul die Tür hinter sich geschlossen, als er draußen im Hof ein leises Rumoren hörte. Dann eine fremde Stimme, die sagte:

„Da hat der Bengel doch wieder den Stall nicht abgeschlossen. Fehlt nur noch daß mir die Biester in die Wohnung kommen. Schweinerei verdammte.“

Dann wurde der eiserne Riegel wieder vorgestoßen und Paul war eingesperrt. Der fremde Mann, es war Herr Klamroth, dessen man sich entsinnt, schlurfte murrend von dannen.

Paul verharrte leicht schwankend, aber reungelos. Das hatte noch einmal gut gegangen. Er wischte sich den Schweiß von der Stirn und knistete die Taschenlampe wieder an. Der scharfe, dünne Lichtstrahl fiel genau auf Veronikas Gesicht.

(Fortsetzung folgt)

# Arbeit noch wichtiger als Rente

### Die Versorgung der Kriegsoffer / Anmerkungen zum BVG

Von Dr. jur. Karl Tichy

Rückwirkend mit dem 1. Okt. 1950 ist nun das Bundesversorgungsgesetz (BVG) in Kraft getreten. Es gibt bei uns auch an maßgebenden Stellen nicht wenige Menschen, die glauben, daß durch dieses Gesetz für die Kriegsbeschädigten und Hinterbliebenen wenn auch nicht alles, so doch das Wichtigste getan worden sei. Eine solche Ansicht zeigt, wie weit entfernt diese Menschen gedanklich von dem Problem der Kriegsoffer stehen.

Das große wirtschaftliche und soziale Problem der Kriegsoffer kann nicht dadurch gelöst werden, daß die betroffenen Personengruppen durch den Empfang von Renten — die in den allermeisten Fällen nicht ausreichen, um das Existenzminimum zu sichern — abgefunden, d. h. nach allgemeiner Ansicht „versorgt“ werden.

Von einer wirklichen Versorgung kann nur dann gesprochen werden, wenn alle Kriegsbeschädigten und Hinterbliebenen, die, wenn auch nur z. T. arbeitsfähig, wieder in den Wirtschaftsprozess des Volkes eingegliedert worden sind. Nicht die Rente, sondern die Schaffung gesicherter Arbeitsplätze sollte das oberste Ziel jeder Versorgungspolitik sein. Die Rente soll nur den finanziellen Ausgleich gegenüber dem Verdienst des Nichtbeschädigten darstellen und vielleicht darüber hinaus einen Pfennig mehr für die Leiden, die der Beschädigte tagtäglich erdulden muß.

Wer aber nicht arbeiten kann, gleichgültig, ob dies beim Beschädigten auf Grund seines Leidens oder bei der Witwe auf Grund der Kindererziehung oder wegen hohen Alters der Fall ist, soll jedoch soviel Rente bekommen, daß er tatsächlich versorgt ist.

Man müßte also logischerweise annehmen, daß die Gesetzgebung bemüht ist, durch Schaffung geeigneter Bestimmungen die Arbeitslust der Kriegsoffer anzuregen und zu heben, etwa durch Genehmigung entsprechend hoher und gestaffelter Freibeträge bei der Rente der arbeitenden Kriegsbeschädigten. Gerade in dieser Richtung zeigt aber das BVG kaum verständliche Mängel.

Und wie steht es mit dem Problem der Arbeitsbeschaffung für Kriegsbeschädigte und Hinterbliebenen, insbesondere für Schwerkriegsbeschädigte?

Fast in jedem Land bestehen Bestimmungen, die die Einstellung von Schwerkriegsbeschädigten entweder erleichtern oder erzwin-

gen und das Ausscheiden der Schwerbeschädigten aus dem Arbeitsprozeß erschweren sollen. Die Privatwirtschaft erhielt von einer gewissen Betriebsgröße ab die Auflage, einen bestimmten Prozentsatz von Schwerbeschädigten zu beschäftigen.

Wird diese Quote nicht erreicht, so hat der Betrieb für jeden nicht eingestellten Schwerkriegsbeschädigten einen „Ausgleichsbetrag“ abzuführen, der dann über staatliche Stellen den Beschädigten wieder zugute kommen soll.

Dieses System hat sich in der Praxis im Prinzip zwar bewährt, doch müssen die Ausgleichsbeträge in Zukunft m. E. erheblich erhöht werden, damit es sich für den Unternehmer eher „lohnt“, einen Schwerbeschädigten einzustellen, als den Ausgleichsbetrag zu zahlen. Die Privatwirtschaft ist aber weder in der Lage, alle Schwerkriegsbeschädigten aufzunehmen, noch kann ihr über Gebühr zugemutet werden, nicht voll verwendbare Kräfte voll zu bezahlen.

Hier kann nur der Staat als „größter Unternehmer“ wirksame Hilfe bringen, indem er in allen seinen Erscheinungsformen der Körperschaften des öffentlichen Rechts zumindest einen gleich hohen Prozentsatz an Schwerbeschädigten, wie dies von der Privatindustrie gefordert wird, beschäftigt.

Zwar bestehen auch in den meisten Ländern der Bundesrepublik gesetzliche Bestimmungen, die eine Einstellung von Schwerbeschädigten bei den Verwaltungen des Staates, der Ge-

meinden und sonstigen Körperschaften des öffentlichen Rechts ermöglichen sollen. Es bestehen aber auch berechtigte Gründe, daran zu zweifeln, daß auch diese Quote — die im allgemeinen 10 Prozent beträgt — tatsächlich erreicht wird.

Wenn man nach den Gründen forscht, weshalb bei den Dienststellen der oben genannten „öffentlichen Verwaltungen“ nicht der vorgeschriebene Prozentsatz an beschäftigten Kriegsbeschädigten erreicht wird, so ist dies neben anderen Gründen in erster Linie darauf zurückzuführen, daß die öffentlichen Arbeitgeber keine Ausgleichsbeträge für nicht eingestellte Schwerbeschädigte zu zahlen brauchen. Sie sparen also in keiner Weise, wenn sie ihren gesetzlichen Verpflichtungen nicht nachkommen. Es ist deshalb eine vordringliche Aufgabe, darauf hinzuwirken, daß innerhalb der Verwaltungen des Staates, der Gemeinden und sonstigen Körperschaften des öffentlichen Rechts ebenfalls Ausgleichsbeträge und zwar in gleicher Höhe wie in der Privatwirtschaft gezahlt werden, die den Kriegsoffern zugute kommen.

Wenn es dem Staat wirklich darum zu tun ist, den Opfern zweier Kriege zu helfen, dann soll er im Anschluß an das BVG in erster Linie gesetzliche Bestimmungen schaffen, die den Kriegsbeschädigten und Hinterbliebenen die Erlangung eines Arbeitsplatzes, eines ihrer Fähigkeiten entsprechenden Arbeitsplatzes gewährleisten. Nur der geringste Teil dieses Personenkreises fühlt sich in der Rolle eines „Nur-Rentenempfängers“ wohl. Die meisten, auch die Schwerbeschädigten wollen arbeiten und man wird erst dann von einer wirklichen „Versorgung“ der Kriegsoffer sprechen können, wenn diese voll in den Kreislauf unserer Staats- und Privatwirtschaft eingegliedert sind.

## Remilitarisierung oder nicht?

Dr. Heinemann sprach vor den Tübinger Studenten

A.H. TÜBINGEN. Zum vierten Male in diesem Winter (nach Niemöller, Wildermuth und Karl Schmid) wurden an die Tübinger Studentenschaft die Argumente und Gegenargumente in der Frage einer Remilitarisierung herangetragen. Am Montagabend sprach im überfüllten großen Hörsaal Dr. Heinemann, der ehemalige Bundesminister, der letzten Herbst eben wegen Differenzen in der Remilitarisierungsfrage aus dem Kabinett Adenauer ausgeschieden ist.

Dr. Heinemann wollte, wie er selbst sagte, kein Rezept zur Lösung bieten, sondern nur einige Fragen und Hinweise zu bedenken geben, als Hilfestellung sozusagen für die persönliche Entscheidung jedes einzelnen, die in dieser Frage erforderlich sei. Seine Ausführungen stellte Dr. Heinemann, der Präses der Synode der evangelischen Kirche ist, unter das Thema „Der Christ und die Politik“. Gerade der Christ bringe Werthaltungen und Erkenntnisse mit, die ihn für das öffentliche Leben befähigen, so die rechte Einschätzung des Menschen als Ebenbild Gottes und des Staates als Notordnung gegen das Chaos. Allerdings sei die Bibel kein Rezeptbuch für politisches Handeln, denn auch der Christ habe sich von Fall zu Fall aus der konkreten Situation heraus zu entscheiden.

Leidenschaftlos und sachlich stellte Dr. Heinemann eine Anzahl Gesichtspunkte heraus, die für unsere gegenwärtige Orientierung unerlässlich seien. Erstens gehe es um den Zeitpunkt unserer Entscheidung. Die Westmächte sollten sich zuerst einmal unter sich selbst darüber einig werden, was sie wollen, und uns verbindlich sagen, auf welche gemeinsame Grundlage wir mit ihnen treten können. Ferner gehe es um die Frage der Gleichberechtigung in einer politischen Europa-Gemeinschaft. Ein Feldherr sei noch kein vereinigtes Europa, und ein politischer Willensträger für Europa noch nicht geschaffen. Weiter: Können wir die wirtschaftlichen und sozialen Auswirkungen einer Aufrüstung an-

gesichts unserer gegenwärtigen Not ermessen? Dann: Ein neuer Krieg würde für uns ein Bruderkrieg. Solange sich noch eine Chance für eine Lösung der deutschen Spaltung biete, müsse sie wahrgenommen werden und darum bedauere er auch die Absage Adenauers auf den Grotewohlbrief. Dieser hätte wenigstens einen Ansatz für ein Gespräch oder eine weitgreifende eigene Initiative geboten. Keine Sekunde zu früh dürften wir uns in fremde Pakte und damit in den großen Aufmarsch der Weltmächte gegeneinander eingliedern. Ferner: Wenn Senator Taft sage, gerade durch die westdeutsche Aufrüstung werde die russische Aggression ausgelöst, so müßten wir uns auch das überlegen. Den Russen könnten wir nicht aufhalten, aber vielleicht in Marsch setzen. Wie stehe es ferner mit der völkerrechtlichen Anerkennung deutscher Waffentragender als Soldaten? Noch befinden wir uns mit Rußland im Kriegszustand und sind nicht sicher, ob Westdeutsche, die im Kriegsfall als Soldaten in die Hände der Roten Armee fallen, nicht als Kriegsverbrecher behandelt werden. Umgekehrt gelte das für die Volkspolizei, wenn sie nach Westen marschiere. Wir müßten jetzt schon damit rechnen, daß die Entfesselung des totalen Krieges die Entfesselung der totalen Bosheit bedeute.

In fünf Punkten stellte Dr. Heinemann eine gemeinsame Basis für alle evangelischen Christen, und nicht nur für diese, fest. Erstens Friedenswillen, der auch den Rüstungswilligen in unseren Reihen nicht abzusprechen sei, zweitens Ablehnung des russischen Totalstaates, drittens Ablehnung jedes Kreuzzugsgeankens, viertens Ablehnung des grundsätzlichen Pazifismus, der aus dem Evangelium nicht abgeleitet werden könne, fünftens das Recht der Kriegsdienstverweigerung aus persönlicher Gewissensentscheidung.

In der lebhaften Diskussion distanzierte sich Dr. Heinemann von einem kürzlichen Aufruf Prof. Noacks. Aus seiner scharfen Ablehnung des Bolschewismus und der Zustände in der Ostzone machte der Redner kein Hehl.

## Unser Kommentar

### Entwicklung an der Saar

An der Saar beginnt sich eine Entwicklung anzubahnen, die Beachtung verdient. Bis vor kurzem ist es der Regierung Hoffmann gelungen, mit Regierungsmethoden, die eine verfeuerte Ähnlichkeit mit denen totalitärer Staaten haben, den Anschein zu erwecken und aufrechtzuerhalten, als sei ihre Politik die vom Volk gewünschte, als stünde der Saarländer wirklich hinter der Orientierung von Deutschland weg und zu Frankreich hin. Eine so angesehene Zeitung wie New York Herald Tribune stellte noch am 9. Januar voll offensichtlich ehrlicher Verwunderung die Veränderung fest, die mit dem Saarvolk seit 1935 vor sich gegangen sei: „1935 stimmte dieses Volk mit überwältigender Mehrheit für den Anschluß an Hitlers tausendjähriges Reich, heute scheint es mehr Wert in seiner wirtschaftlichen Verbindung mit Frankreich als in seinen gefühlsmäßigen Verbindungen mit Deutschland zu sehen.“

Wir glauben, daß sich Mervin Jones zuverlässiger informierte, ehe er seinen Artikel „Schwieriges Saargebiet“ am 25. November in „New Statesman and Nation“ veröffentlichte. Dieser Beobachter steht ganz unter dem Eindruck der Hartnäckigkeit, mit der der Saarländer — wirtschaftliche Vorteile hin oder her — an seiner Zugehörigkeit zu Deutschland festhält.

Diese Hartnäckigkeit setzt sich beim Saarländer in eine Feindschaft gegen die Regierung Hoffmann um, die, welches ihre Ziele auch sonst sein mögen, jedenfalls eines nicht will: keine engeren Beziehungen zu Deutschland. Das geht soweit, daß sie neulich in einer amtlichen Verlautbarung für Frankreich und andere Staaten die Bezeichnung „befreundete“, für Deutschland aber nur die „benachbarte Nation“ verwandte. Kein Wunder also, wenn ein Deutscher, der sich vor kurzem ins Saarland begab und dort, um die Stimmung zu erkunden, überall in Wirtschaften und Verkehrsmitteln die Regierung Hoffmann und ihre Werke lobte, nach seiner Rückkehr nur berichten konnte: Ich habe Glück gehabt, daß ich nicht verprügelt wurde.

Je unmöglicher es mit fortschreitender Normalisierung wird, mitten in Westeuropa ein totalitäres System aufrechtzuerhalten, desto mehr wird Herr Hoffmann spüren, daß er auf die Dauer ohne und gegen sein Volk nicht regieren kann. Er wird schon jetzt nervös. Ausweisung und Ausweisdrohung gegen Menschen, die im Blickpunkt der saarländischen Öffentlichkeit stehen, können nicht als Zeichen selbstsicherer Politik betrachtet werden.

Der geschmeidigste seiner Mitarbeiter, Albert Dorscheld, scheint sogar schon einen Schritt weiter gehen zu wollen. Er wittert offensichtlich die Gefahren und propagierte plötzlich vor wenigen Tagen ein Saargebiet, für das er den Boden mit dem Zugeständnis bereiten will, die Saarpolitik 1946/48, also die Separation von Deutschland, habe ihre zeitbedingten Gründe gehabt und das saarländische Gesetzgebungswerk wolle keine Tausendjahr-Konstruktion sein. Ist das strategischer Rückzug? Wir werden abwarten müssen und können das auch.

T-r

## Staatsbegräbnis für Mannerheim

### Überführung nach Helsinki

HELSINKI. Aus Anlaß des Hinscheidens des früheren finnischen Staatspräsidenten, Feldmarschall Mannerheim, haben die öffentlichen Gebäude und viele Privathäuser in Finnland halbwegs geflaggt. Der finnische Rundfunk veranstaltete am Sonntag eine Gedenkfeier, in der Staatspräsident Paasikivi die Verdienste des Toten würdigte.

Die finnische Regierung hat für Marschall Mannerheim ein Staatsbegräbnis angeordnet. Seine sterblichen Überreste sollen aus der Schweiz im Flugzeug nach Helsinki gebracht und am Sonntag auf dem Ehrenfriedhof Sandudd bestattet werden.



Der finnische Feldmarschall Mannerheim, der in Lausanne verschied.

## Kunstfreund und Mitbürger

Zum 70. Geburtstag von Hugo Borst

Man sagt von den Schwaben, daß unter ihren Vorzügen nicht der eines starken, ursprünglichen Sinnes für bildende Kunst sei. Dichtung und Philosophie sind bei ihnen allezeit besser gediehen als Malerei und Plastik. Auch der historische Sinn für bildende Kunst ist bei uns nicht zum höchsten entwickelt. Die schwäbischen Museen können sich mit denen von München, Berlin, Köln, Hamburg, Bremen, Frankfurt, Mannheim und Essen nicht vergleichen. Sie halten gutes, bodenständiges Mittelmaß. Privatsammlungen mit dem Glanz großer Meisterwerke hat Schwaben nicht hervorgebracht.

Die Liebe der Schwaben zur bildenden Kunst ist „behilgen“, inoffiziell. Wie der schwäbische Boden an versteckter Stelle blumige Weine hervorbringt, so findet sich überraschend hier und dort im Land echter, stiller Kunstsinne. Wer in den Jahren 1930—43 das Haus des Kunstfreundes Hugo Borst in Stuttgart besucht hat, weiß, daß ein ähnlicher Kunstort in Deutschland kein zweitesmal gibt. Aus Freude an Bildern und Büchern hat da ein Mann zusammengetragen, was der heimische Boden an bildnerischem Hergab und was die weite Welt durch das Buch mit geistigem Leben erfüllte. Neben seinen Bildern und Plastiken sammelte er „Bücher, die die Welt bewegten“ in Erstausgaben aus dem Zeitraum von Goethes Geburt bis zum Ende des 19. Jahrhunderts. Gestern, Dienstag, feierte H. Borst seinen 70. Geburtstag. Er ist ein Sammler eigenen Typs.

Er selbst erzählt in seinen Sammlererinnerungen, daß er, als er nach dem ersten Weltkrieg einige planmäßig Bilder zu sammeln, darauf ausging, das zu lebendiger Wirkung Aufstrebende im nächsten Umkreis an sich zu ziehen, zu vereinigen und zu fördern. Bilder der Stuttgarter Sezession waren der Grundstock seiner Sammlung. Maler und Bildhauer aus Schwaben und Baden fanden sich dazu, künstlerische und persönliche Beziehungen führten in die Schweiz hinüber, und mit den Jahren rundete sich, was so um einen heimatlichen Kern angelegt war, ins Gesamtdeutsche und Europäische. Es gibt wenige Kunstsammlungen, die so organisch und in lebendiger Wechselwirkung mit dem künstle-

rischen Leben ihrer Umgebung herangewachsen sind.

Der Krieg hat das schöne Haus mit den großen Sammlungsräumen in einen Schutthaufen verwandelt. Das meiste an Kunstwerken und Büchern wurde durch Verlagerung gerettet, doch sind einige wertvolle Stücke zuletzt noch vernichtet worden. Schon im ersten Nachkriegsjahr begann Hugo Borst mit dem Aufbau, und im August 1946 konnten in seinem Haus die ersten Ausstellungsräume in Stuttgart eröffnet werden. Die Sammlungen selbst sind freilich bisher nur in Teilen gezeigt worden, so in der „Schweizer Woche“ 1949 mit ihren großen schweizerischen Beständen und später mit einer Sonderausstellung von Selbstbildnissen. Inzwischen hat Hugo Borst weitergebaut und das Haus steht jetzt mit seinen geräumigen, leichten Ausstellungsräumen vor der Vollendung. Der Hausherr möchte sein Sammlerwerk wie früher den Kunstfreunden der Stadt und des Landes zugänglich machen. Werden sich Menschen finden, welche die neugeschaffenen Räume mit musikischem Leben erfüllen und aus dem Haus an der Ehrenhalde wie früher einen Ort des Umgangs mit Kunstwerken, des Gesprächs und der Erholung zu machen verstehen? Das wünscht der Hausherr selbst am meisten, denn es wäre, als ein Neuanfang, zugleich die Vollendung dessen, was er in tatkräftiger Liebe grundgelegt hat.

Waldemar Kurtz

## Der 85jährige Emil Strauß

Das Patriarchalische stand Emil Strauß, dem heute 85jährigen, schon immer gut zu Gesicht. Bereits sein Erstlingsprogramm „Freund Hein“ (1901) hatte die Reife und Abgeläutetheit des früh Erfahrenen, und von Anfang an lebt sein Bild als das eines würdigen alten Herrn in der Erinnerung. Eine solche Haltung auf Distanz hat indessen nicht das mindeste mit mangelnder Lebens- und Lebensfähigkeit zu tun, nur daß die großen Gefühle dem warmen Goldstrom gleichen, der, kaum merklich im einzelnen, eben doch die milde Temperatur seiner Dichtungen insgesamt bewirkt.

Die Tatsache an und für sich, daß Strauß in Pforzheim, dazu als Sohn eines Industriellen

zur Welt kam, konnte hinsichtlich der künstlerischen Erbmasse bedenklich stimmen. Zum Glück war aber noch der Großvater Josef Strauß ein, auch schöpferisch tätiger, Kapellmeister von Ruf am Karlsruher Hoftheater, während die Abkunft der Mutter von einer Geschlechterreihe reformierter Pfarrer für den nötigen Zuschuß an geistiger Festigkeit und Überzeugungstreue bürgte. Beide Einflüsse zusammen ergaben das so harmonisch abgestimmte Ineinander von menschlicher und künstlerischer Persönlichkeit, wofür wiederum jedes seiner Werke den Beweis erbringt: So wenig wie das Musikalische in der durchgehenden Sprachmelodie, so wenig läßt sich auch Seite für Seite das einprägsame stichtische Leitmotiv oder die von hoher Verantwortung getragene Arbeit am Wort verleugnen. Strauß ist darum alles andere als ein Viel- oder Schnellschreiber geworden — ein gutes Dutzend Romane und Novellen, dazu einige Dramen, das ist die an Garbenzahl gewiß nicht hoch ausgefallene, dafür aber an reifer Körnerfrucht um so schwerer wiegende Ernte eines langen Dichterslebens. Den Sensationserfolg seines „Freund Hein“ hat Strauß — vielleicht zu seinem Glück — mit keinem späteren Werk mehr erreicht, aber mit jedem weiteren Hervortreten an die Öffentlichkeit hat sich eine immer größere Gemeinde der Stillen im Lande um ihn geschart. Zum Beleg seien hier nur einige der wichtigsten Bücher genannt: „Der Engelwirt“, „Der nackte Mann“, „Der Spiegel“, „Das Riesenspielzeug“, „Der Schleier“.

Einige dieser Erzählungen hat man im Dritten Reich in das so sehr willkommene Schema der „Blut- und Bodenromane“ pressen wollen, und zweifellos hat der Dichter selbst mit mancher Wendung in diese Richtung gewiesen. Geht man aber einmal unbefangen der Wahrheit auf den Grund, dann bleibt von all dem Für und Wider nur das eine übrig, daß Strauß, der Mann mit der Scheu eines Weltmannes vor jeder lauten Zudringlichkeit, hinter solcher vorgehaltenen Maske lediglich sein tiefes Heimatgefühl badiisch-fränkischer Prägung verbarg. Nichts anderes als diese echte Naturverbundenheit war es auch, die ihn in jungen Jahren gemeinsam mit seinem alemannischen Dichterfreund Emil Gött bestimmte, sich der Landwirtschaft und damit dem mütterlichen Herzen der Heimat für immer zu verschreiben — ein Unterfangen, das für beide Lebensreformer mit einem Fiasko endete.

Immerhin hielt es ihn dann ganz in der Nähe, in Freiburg, bis zum heutigen Tage fest.

Ein so feinsinniger Erzähler von geradezu wohlthuender epischer Ruhe mußte mit seinen wiederholten Ausbrüchen in die dramatische Sphäre zwangsläufig scheitern. Daran vermochte auch die liebevollste Sorgfalt, mit der sich u. a. das Badische Staatstheater des „Don Pedro“ sowie des „Vaterland“ annahm, nichts zu ändern. Wer mit so beherrschten epischen Erfolgen und unter dem Beifall einer an Zahl aber zu- als abnehmenden Gemeinde auf sein geistig wie körperlich fast ungebrochenes Patriarchenalter zuschreiten durfte, dem wird auch über seine Erdentage hinaus die dankbare Verehrung sicher sein. Aber noch gab erst kürzlich das Erscheinen eines neuen Erzählungsbandes erfreuliche Kunde von seinem rüstigen Schaffen.

Dr. B - r.

## Die Entwicklung des Landestheaters

In Tübingen fand eine Besprechung des Kultministeriums von Württemberg-Hohenzollern mit den Vertretern der vom Landestheater bespielten Gemeinden statt, die die nach der Satzung des Landestheaters vorgeschriebene jährliche Vollversammlung des Spielausschusses darstellte. Die Zusammenkunft diente einer Unterrichtung über die Entwicklung des Theaters, seitdem es eine öffentliche Anstalt geworden ist. Intendant Dr. Herterich berichtete, daß in der bisher abgelaufenen Spielzeit vom 15. 9. 1950 bis 24. 1. 1951 das Theater 136 Vorstellungen gegeben habe, davon 81 außerhalb Tübingens in 21 Gemeinden des Landes. Die Gesamtbesucherzahl im genannten Zeitraum betrug 48.212 Personen. Die in den letzten Monaten steigenden Einnahmen haben die geringeren Einnahmen der ersten Zeit ausgeglichen. Der finanzielle Erfolg der Aufführungen hänge wesentlich davon ab, ob in den Spielorten gut geworben worden und ob die Spieltage von sonstigen Veranstaltungen frei seien. In der Aussprache machte Minister Sauer die Gemeinden darauf aufmerksam, daß das Landestheater auch bei einer Änderung der staatsrechtlichen Verhältnisse erhalten bleiben müsse, weil die Landesbühne Eßlingen den von ihr bespielten Kreis nicht ausdehnen könne. Das Theater habe über das Land hinaus an Ansehen gewonnen, was eine Einladung nach Bozen bewiese.

### Landesbischof Haug: Zerreißprobe bestanden

Evangelischer Landeskirchentag Württemberg tagt in Stuttgart

Stuttgart. Auf der ersten diesjährigen Sitzung des evangelischen Landeskirchentags, des Kirchenparlamentes der württembergischen evangelischen Landeskirche, sprachen am Montag der evangelische Landesbischof für Württemberg, D. Martin Haug, und Kultminister Dr. Gotthilf Schenkel über allgemeine kirchliche Probleme und über das Verhältnis zwischen Kirche und Staat. Der Landeskirchentag, dessen Vorsitz Kirchenpräsident Lechler führt, wird voraussichtlich fünf Tage dauern. Unter den Teilnehmern befinden sich unter anderem Alltagsbischof D. Theophil Wurm, Prälat Hartenstein, Oberkirchenrat Dr. Manfred Müller sowie Vertreter der bayerischen und der badischen Landesynode und Oberkirchenrat Dürr von der badischen Landeskirchenleitung.

Landesbischof Haug erklärte vor dem Kir-

chentag, die evangelische Kirche in Deutschland bilde eine feste Gemeinschaft zwischen West und Ost. In der Frage einer westdeutschen Wiederaufrüstung sei es allerdings zu einer harten Zerreißprobe gekommen, die die evangelische Kirche jedoch bestanden habe. Die Einmischung der Kirche in die Auseinandersetzungen um die Wiederaufrüstung sei keine Annäherung, vielmehr durch ihr Wächteramt geboten. Der Ernst des Anliegens von Männern wie Niemöller und Helmreich dürfe nicht verkannt werden, aber durch die Äußerungen und Aktionen Niemöllers und seines Kreises sei die Lage verwirrt, die Einheit der EKD gefährdet und die Gemeinschaft zwischen West und Ost nicht gefördert worden. Der Bundesregierung, sagte Haug, könne nicht verwehrt werden, sich der drohenden Vergewaltigung und dem Krieg gegenüber zu sichern und auf diese Weise vielleicht den Frieden zu erhalten.

Die Eingliederung der Heimatvertriebenen in die soziale Gemeinschaft stellte der

Landesbischof über das Problem des Mitbestimmungsrechts. Auf die innerkirchliche Situation eingehend, verwies Haug auf die Bedeutung eines stärkeren Zusammenschlusses der Kirchen der altpreußischen Union und auf die Annäherung der Landeskirchen an die Freikirchen. Das Verhältnis zur katholischen Kirche habe zwar durch die Verkündung des Mariendogmas eine gewisse Ernüchterung erfahren, doch fühle man sich weiterhin in christlich-brüderlicher Gemeinschaft verbunden. Der Landesbischof wies ferner auf den großen Mangel an Geistlichen hin.

Kultminister Dr. Gotthilf Schenkel ging in seinem Referat vor allem auf das Verhältnis der Kirche zum Staat und zur Politik ein. In der Annäherung zwischen Sozialdemokratie und Kirche sei „ein zeichenhafter Gesinnungswandel des Verhältnisses zwischen christlichen Konfessionen und sozialistischer Arbeiterschaft“ zu sehen. Die tragische Spannung der letzten hundert Jahre scheine jetzt endlich eine Lockerung zu erfahren. Dr. Schenkel, der selbst Geistlicher ist und der SPD angehört, betonte, daß der Wechsel im Amt des Kultministers keineswegs einen Kurswechsel im Verhältnis zwischen Staat und Kirche mit sich bringen werde.

### Wichtig für Kriegsoffer

Tübingen. Das Arbeitsministerium von Württemberg-Hohenzollern teilt mit: Das vom Bundestag am 19. 10. 1950 beschlossene Gesetz über die Versorgung der Opfer des Krieges (Bundesversorgungsgesetz) ist am 21. 12. 1950 im Bundesgesetzblatt verkündet worden. Die zur Durchführung des Gesetzes erforderlichen Verwaltungsvorschriften werden in nächster Zeit ergehen.

Nach § 85 des Bundesversorgungsgesetzes werden die auf Grund der bisherigen gesetzlichen Vorschriften zu zahlenden laufenden Versorgungsbezüge solange weitergezahlt, bis die Bezüge nach dem Bundesversorgungsgesetz festgestellt sind. Die Feststellung der neuen Bezüge erfolgt von Amts wegen ohne besonderen Antrag. Auch die Bezüge der Minderbeschädigten (mit einer Minderung der Erwerbsfähigkeit von 30 und 40 Prozent), deren Renten nach dem KB-Leistungsgesetz gerührt haben, werden von Amts wegen festgestellt. Von Anträgen an die Versorgungsämter, die ohnehin mit Arbeit überlastet sind, ist in diesen Fällen abzusehen.

Bei rentenberechtigten Beschädigten, die gegenwärtig in Heilbehandlung stehen oder demnächst in eine solche eintreten, wird diese Behandlung einschließlich der Geldleistungen (Krankengeld, Familiengeld, Tagelohn) nach den bisherigen Vorschriften abgewickelt, solange der Bescheid nach dem Bundesversorgungsgesetz nicht zugestellt ist. Nur wenn für eine als Leistungsgrund anerkannte Gesundheitsstörung keine Rente bezogen wird, weil die Minderung der Erwerbsfähigkeit den gesetzlichen Mindestgrad nicht erreicht, richtet sich die Heilbehandlung mit Krankengeld und Hausgeld schon jetzt nach dem Bundesversorgungsgesetz. In diesen Fällen gilt der nach den bisherigen Vorschriften ergangene Bescheid weiterhin als Ausweis gegenüber der Krankenkasse für die Durchführung der Heilbehandlung, und zwar über den 31. 12. 1950 hinaus auch dann, wenn seine Geltungsdauer bis dahin befristet war.

Zur Durchführung der im allgemeinen den Krankenkassen obliegenden Heilbehandlung der Beschädigten nach dem Bundesversorgungsgesetz und der durch dieses Gesetz neu eingeführten Krankenbehandlung für Angehörige von Schwerbeschädigten sowie für Hinterbliebene werden noch „Bundesbehandlungsscheine“ eingeführt werden. Ohne sie kann die Behandlung nach dem Bundesversorgungsgesetz nicht beginnen. Die in Paragraph 28 des Bundesversorgungsgesetzes vorgesehene Krankenbehandlung für Hinterbliebene kann nur in Anspruch genommen werden, wenn Krankenbehandlung nicht anderweitig sichergestellt ist oder sichergestellt werden kann. Freiwillig krankenversicherter Hinterbliebener wird empfohlen, ihre Versicherung nicht aufzugeben, solange nicht feststeht, ob sie ein Recht auf Krankenbehandlung nach Paragraph 28 des Bundesversorgungsgesetzes haben.

### Wie wird das Wetter?

Aussichten bis Donnerstagabend: Vorübergehend freundlicheres Wetter, teilweise auflebend und meist trocken, höchstens geringfügiger Schneefall. Temperaturen tagsüber um null Grad, nachts, insbesondere in Aufhebungsgeländen, zunehmender Frost.

### Straßenbahnunglück fordert zwei Tote

Stuttgart. In Stuttgart hat sich am Montagmorgen kurz vor 3 Uhr das dritte schwere Straßenbahnunglück innerhalb von drei Monaten ereignet. Ein Straßenbahnzug der Linie 5, der von Zuffenhausen kommend auf der Heilbronner Straße in Richtung Hauptbahnhof fuhr, sprang bei der Löwenbrücke aus den Gleisen, prallte gegen einen Telefonmast und stürzte um. Der Motorwagen und ein Anhänger wurden zertrümmert, ein zweiter Anhänger beschädigt.

Eine Frau wurde auf der Stelle getötet, 20 Personen schwer, 38 leicht verletzt. Von den Schwerverletzten starb bis Dienstagmittag eine weitere Frau. In Lebensgefahr schweben noch vier Personen, darunter ein Kind, mit dessen Ableben gerechnet werden muß. Zwei Kinder mußten armputtiert werden. Der Sachschaden beträgt 30 000 DM.

Der 27jährige Fahrer gab an, er habe bei der steigenden Geschwindigkeit des Zuges die Strombremse eingeschaltet, ohne daß eine Verlangsamung der Fahrt eingetreten wäre. Mit der Handbremse, die er dann probierte, habe er den Zug nicht mehr zum Halten bringen können. Aus dem Motorwagen wurden die Verletzten durch das Dach herausgeholt. Die Schuldfrage wird noch geklärt.

### Schlachtviehmarkt Stuttgart

Dienstag, den 29. Januar

Auftrieb: Rinder 853, Kälber 1080, Schweine 1609, Schafe 112. Preise: Ochsen jung a 75-80, b 69-75; Ochsen alt a 65-70, b 56-62; Bullen jung a 76-83, b 70-75, Bullen alt a 70-75; Färnen a 79-90, b 79-78; Kühe jung a 60-63, b 54 bis 58, c 45-52, d -40; Kälber a 110-122, b 105 bis 113, c 90-100, d bis 85; Schweine a, b 1 140 bis 143, b 2 138-142, c 137-140, d, e 135-137, g 1 120 bis 123, g 2 105-115. Marktverlauf: Rinder schleppend, großer Überstand. Kälber langsam, geräumt. Schweine langsam, geräumt. Norddeutsche Schweine am Vormarkt etwas höher gehandelt.

### Der neue deutsche Reisepaß



Ab 1. Februar ist die Paßhöhe wieder in deutscher Hand. In Südwürttemberg werden neue Reisepässe von den Landratsämtern ausgestellt. An Unterlagen sind u. a. der Nachweis der deutschen Staatsangehörigkeit und ein Lichtbild erforderlich. Führungszeugnis und Entnazifizierungsbescheid werden nicht mehr verlangt. Der Paß wird für 2 Jahre ausgestellt, die Gebühr beträgt 3 DM. Beim Ausstellungsantrag muß Ziel und Zweck der Reise, aber nicht ihr Zeitpunkt angegeben werden. Die Anträge auf ein Visum und auf Devisen sind nach wie vor besonders zu stellen. Die Vorläufigen Reiseausweise behalten ihre Gültigkeit bis zum eingetragenen Endtermin, werden aber nicht mehr verlängert. Der neue Reisepaß hat die Größe 10,5 x 14,7 cm. Unsere Bilder zeigen links die vordere Umschlagseite (grün), rechts die erste Aufschlagseite.

### Liebe Jungen und Mädchen!



### Der Mal- und Zeichenwettbewerb über den MARSHALLPLAN geht am 15. Februar zu Ende.

Wie ihr schon wißt, veranstaltet die Marshallplan-Verwaltung in Europa einen Wettbewerb, an dem ihr alle bis zum Alter von 15 Jahren teilnehmen könnt. Die Beurteilung erfolgt in zwei Gruppen: 1.) bis 11 und 2.) von 11 bis 15 Jahre.

Für die besten Arbeiten gibt es als Hauptpreise:

- 2 dreiwöchige Reisen in Begleitung eines Angehörigen nach London, Rom oder Paris oder je 3000 DM
- 2 zweiwöchige Reisen in Begleitung eines Angehörigen nach London, Rom oder Paris oder je 2000 DM
- 2 einwöchige Reisen in Begleitung eines Angehörigen nach London, Rom oder Paris oder je 1000 DM

Außer diesen Hauptpreisen wird noch eine Menge weiterer Preise verteilt, darunter zwei Fahrräder, eine Nähmaschine mehrere Metallbuckeln, ein elektrischer Omnibus, zwei Staubsauger und vieles andere.

Liebe Eltern und Lehrer, sagt dies den Kindern. Die Aufgabe ist leicht zu lösen. Mit Buntstiften, Wasser-, Tempera- oder Ölfarben sollen Bilder gemalt werden, die etwas vom Marshallplan zeigen. Sie müssen 30 cm breit und 42 cm hoch sein und Namen und Anschrift des Kindes tragen.

Ihr wißt ja, was der Marshallplan für uns bedeutet. Erzählt den Kindern von dem Elend und den Zerstörungen des Krieges und von dem Aufbau mit Hilfe des Marshallplans. Erklärt ihnen, wie er unser aller Leben verbessert hat, daß wir uns wieder satt essen können, und daß wir Kleider, Schuhe und vieles andere zu kaufen bekommen. Die Kinder sollen auch wissen, daß wir dank des Marshallplans heute als gleichberechtigter Partner an dem Gütertausch der Welt teilnehmen, und daß er die Voraussetzungen für ein geeintes Europa und für die Sicherung des Friedens schafft.

Der letzte Absendetermin ist der 15. Februar 1951

Bitte sendet die Bilder an den Landesjugendring Südwürttemberg-Hohenzollern: E. Haug, Tübingen, Osterbergstr. 14 oder an den Marshallplan-Wettbewerb, Frankfurt/Main 4, postlagernd



### Eine gute Köchin

für Ihr Geschäft oder für den Haushalt ist die erste Voraussetzung für das Wohlbefinden Ihrer Gäste. Deshalb müssen Sie bei der Auswahl besonders vorsichtig sein. Eine gute Möglichkeit zu wählen gibt Ihnen der Erfolg einer Stellenanzeige in der Gesamtauflage unserer 19 Heimatzeitungen, die Ihnen mit über 100000 Abonnenten rund 400 000 Leser bietet. So erhalten Sie viele Angebote aus allen 10 Kreisen Württemberg-Hohenzollerns, in denen unsere Zeitungen erscheinen.

### Anzeigenannahme für die Gesamtauflage

Schwäbische Verlagsgesellschaft  
Tübingen, Uhlandstraße 2

### Rheuma, Ischias, Neuralgien dann Romigal!

Romigal-Tabletten sind ein hochwertiges, seit vielen Jahren bei Rheuma, Ischias, Neuralgien, heftigen Muskel- u. Gelenkschmerzen bewährtes Schmerzmittel. 1200 Schüttel-, Reizenerkennungen u. a. von Sachverständigen, Professoren, Ämtern, Ärzten, Kassenärzten, unabh. u. unabh. Leiden Sie nicht länger, nehmen auch Sie Romigal! Romigal wirkt rasch. 20 Tabletten M 1,20, Großpackung 5,10 in Apotheken.

Gold, Silber, Münzen, Schmuck, Juwelen kauft zu Höchstpreisen Lahn, Stuttgart-S, Arminstraße 38



### Kukirol beseitigt Hühneraugen

Hornhaut, Schwielen und Warzen schmerzlos und unblutig

In Apotheken u. Drogerien erhältlich

Hauptverkaufsstelle in Tübingen: Stadt-Drogerie Gottula, Mühlstr. 19; Hauptverkaufsstelle in Rottenburg: Markt-Drogerie Sautermeister.

Was kosten heute Werkzeuge? Katalog über 500 Artikel frei. Westfalia-Werkzeuge, Hagen 148 I. W.

### Stellenangebote

ROHLEGER für schwere Guß- u. Stahlröhren, unbed. selbst. Kraft, zu sofort. Eintritt ges. Bewerber m. langjähr. Erfahrg. bitten wir um schriftl. Angeb. unt. X 48 an SÖWEG, Ann-Exped., Stuttgart 1, Postf. 908

Welch Jr. Arbeiter(in) übernimmt schönes Nebengeschäft. Muster gratis. Ernst Kunz, (77) Lehr-Dinglingen

### Unterricht

Auslandskorrespondent(in) Sprachausbildung durch die Priv. Fachschule für das Dolmetscherwesen (PFD) Stuttgart Staatl. anerkanntes Prüfungsrecht

### Heiraten

FRAU E. HOFMANN Alttestes Ehe-Institut Süddeutschlands bietet um ihren Besuch STUTTGART, Reimsburgstr. 9 Ruf 6 98 15 und 6 82 37 Sprechzeit auch sonntags

### Warum husten Sie?

Trinken Sie bei hartnäckigem Bronchialkatarrh, Asthma usw. den bewährten BERGONA- Brust- u. Hustentee. In allen Apotheken erhältlich.



Lebenslänglich für Ritter

Urteil über den Offenburger Doppelmörder

Offenburg. Wegen erwiesenen Mordes in zwei Fällen wurde der 33jährige Korbmacher und Händler Josef Ritter aus Lehr vom Schwurgericht Offenburg am Dienstag zu zweimal lebenslänglichem Zuchthaus unter Aberkennung der bürgerlichen Ehrenrechte auf Lebensdauer verurteilt.

Ritter hat im August vorigen Jahres eine 53-jährige Flüchtlingsfrau in seiner Wohnung erschlagen und wenige Tage später ein 13jähriges Mädchen erstochen.

Ritter erklärte vor Gericht: „Ich wäre nie zum Mörder geworden, wenn ich nicht die Hölle der Konzentrationslager durchgemacht hätte.“ Ritter wurde nach Verbüßung einer Gefängnisstrafe von 3 Monaten wegen schwerer Körperverletzung mit Todesfolge in ein Konzentrationslager eingewiesen. Er gab vor Gericht an, die Einweisung sei aus rassenpolitischen Gründen erfolgt, weil er in den Akten als Zigeuner geführt worden sei. Ausführlich schilderte er dann seine Erlebnisse als Kapo und Stubenältester in den KZ Dachau, Mauthausen und Ebensee. Er sei dort gegen alles menschliche Leid abgestumpft und in den Zustand des Blutrausches versetzt worden. Im KZ Ebensee habe er ständig Einspritzungen bekommen und unter deren Einwirkung die schwersthandeltende, halbtot in ihrem Blut liegenden KZ-Häftlinge vollends mit Knütteln totschlagen müssen. Er bestritt hartnäckig, als Kapo selbst Grausamkeiten an den Gefangenen begangen zu haben.

Ritter schilderte zuerst, wie er die 33jährige Flüchtlingsfrau umbrachte, die bis heute noch nicht identifiziert werden konnte. Im Gasthaus habe er die Frau kennengelernt und sie in seine Wohnung mitgenommen, wo er ihr statt des versprochenen Kaffees einen Beibehälbe auf den Kopf gab. Ritter sagte: „Sie hat mich angeschaut, dann war sie tot. Ich wollte nur Blut sehen.“

Nach einem neuen „Blutrausch“ wenige Tage später sprach Ritter auf der Straße die 13jährige Gisela Eßlinger an. Er schenkte ihr 1 DM, damit sie mit ihm ging. Außerhalb der Stadt schlug er das Mädchen nieder, verstümmelte den Körper und warf die Leiche in die Schuttgrube, wo sie nach 2 Tagen entdeckt wurde.

Die geschiedene Frau des Angeklagten sagte aus, daß sie mit Ritter eine harmonische Ehe geführt habe. Er habe nie über seine im KZ verübten Taten gesprochen.

Kriminalkommissar Moser aus Lehr sagte als Zeuge, daß Ritter nicht aus rassenpolitischen Gründen, sondern allein als Krimineller, der bis 1938 schon 23 Vorstrafen verbüßt hatte, ins KZ gekommen sei. Der medizinische Sachverständige, Medizinalrat Dr. Braun aus Freiburg, bezeichnete Ritter als hemmungslosen, brutal veranlagten Menschen, dessen Taten geradezu lehrbuchmäßige Lustmorde darstellten. Den Blutrauschkomplex aus der KZ-Zeit ließ er nicht gelten. Ritter sei für seine Taten voll verantwortlich. Ein anderes Gutachten besagt, daß nach 5 Jahren keinesfalls eine Nachwirkung der angeblich im KZ erhaltenen Spritzen vorliegen könne.

Schlägerel fordert ein Todesopfer

Oberkirch. (Südbaden). Im Verlauf einer Schlägerei zwischen Besuchern einer Faschingsveranstaltung und zwei Gendarmenbeamten wurde am Sonntagmorgen in Oberkirch ein 30 Jahre alter Eisenbahnbeamter aus Appenweiler durch einen Hauchschuß tödlich verletzt. Nach dem Bericht der Gendarmerie waren die beiden Gendarmenbeamten als Streife zur Überwachung der Gastwirtschaften eingesetzt und haben in Notwehr von ihrer Schußwaffe Gebrauch gemacht. Die Ermittlungen über die Schuldfrage sind noch im Gang.

Ein am Samstag in Eppelheim, Landkreis Heilbronn, veranstalteter Maskenball fand ein unerwartetes Ende, als ein 18jähriger bei einem Streit sein Messer zog und zwei jungen Männern mit mehreren Messerstichen schwere Verletzungen beibrachte. Der jugendliche Messerstecher konnte erst nach längerem Widerstand von 8 Männern überwältigt und der Polizei übergeben werden.

Seine Frau in den Neckar gestoßen

Ludwigsburg. Der 53 Jahre alte Kraftfahrer Wilhelm Stark aus Stuttgart-Zuffenhausen wird wegen Verdachts des versuchten Mordes an seiner Ehefrau von der Polizei gesucht. Er soll am 23. Januar 1 km oberhalb des Staubekens in Ailingen, Kreis Ludwigsburg, bei einem Spaziergang seine Ehefrau in den Neckar gestoßen haben. Die Frau konnte von zwei zufällig des Weges kommenden Männern gerettet werden.

Jugendliche Waffenhändler

Sigmaringen. Die Sigmaringer Kriminalpolizei ist einer Gruppe von Jugendlichen auf die Spur gekommen, die einen lebhaften Tausch- und Schleichhandel mit Schusswaffen unterhielt. Die Polizei entdeckte die Angelegenheit, als ein 17- und ein 15jähriger sich durch Hantieren mit einer Pistole Schußverletzungen zugezogen hatten.

Rabiaten Motorradfahrer festgenommen

Riedlingen. Ein Motorradfahrer, der über das Wochenende zwei Frauen in der Umgebung von Riedlingen überfallen hatte, wurde jetzt von der Riedlinger Polizei festgenommen. Da die überfallenen Frauen sich energisch zur Wehr setzten, hatte der rabiate Bursche in beiden Fällen von seinem Vorhaben abgesehen.

Unterschlagungen am Theater

Konstanz. Infolge langer Krankheit des Intendanten des Theaters am Bodensee und Überbelastung des Verwaltungsdirektors konnte ein Buchhalter seinen Vertrauensposten mißbrauchen und Zahlungen anweisen, die in Wirklichkeit nicht geleistet wurden. Die Unterschlagungen des Buchhalters gehen bis auf den Sommer 1950 zurück und belaufen sich auf etwa 3600 DM.

Auch das wurde berichtet

In der Heilbronner Straße in Stuttgart setzte sich ein zum Parken abgestellter Lastzug auf der abschüssigen Fahrbahn von selbst in Bewegung. Der Lastzug überquerte die Straße, überfuhr den linken Rad- und Fußweg und kam, nachdem er ein Telefonhäuschen umgefahren hatte, zum Stehen.

In der Nacht zum Sonntag wurde auf der Bundesstraße 27 vor Kornwestheim ein 52 Jahre alter Mann vom Kraftfahrer eines amerikanischen Fahrzeugs tot aufgefunden. Wahrscheinlich ist der Mann das Opfer eines Verkehrsunfalls geworden.

In Entringen bei Tübingen starb ein 79-jähriger Mann in seiner Wohnung an den Folgen einer Rauchvergiftung. Er hatte abends den Ofen geheizt, wobei Funken auf das in der Nähe liegende Brennholz übergesprungen waren. Das Holz heizte in der Nacht zu schwelen und verursachte die Rauchvergiftung.

Wirtschaft

Die Zuckerrechnung geht nicht auf

Ehrlbedarf muß durch Importe ersetzt werden / Initiative der Bundesregierung erforderlich

Bundesfinanzminister Dr. Schäffer hat, wie wir in der Montagsausgabe kurz berichteten, eine hohe Besteuerung von Süßwaren angekündigt, und die Klagen über zu hohen Zuckerverbrauch aus Kreisen des Bundesernährungsministeriums und des Bundesfinanzministeriums wollen nicht abreißen. Wie die Dinge aber in Wirklichkeit liegen, zeigt die nachfolgende Darstellung des Zuckerproblems von fachmännischer Seite.

Die „Wirtschaftliche Vereinigung Zucker“ nahm dieser Tage in temperamentvoller Weise zur Zuckerpolitik Stellung. Sie betonte, daß der Zuckerrübenanbau das Kernstück unserer intensiven Landwirtschaft ist, er bringt die höchsten Nährwertträge von der Flächeneinheit und fördert die Gesamterzeugung der landwirtschaftlichen Betriebe aufs stärkste. Zucker ist aber auch ein Grundnahrungsmittel und hat keinerlei Luxuscharakter. Die Landwirtschaft hat im letzten Kampagnejahr eine ungewöhnliche Leistung im Rübenanbau hingestellt. Selbst die bisher größte Zuckererzeugung der Kampagne 1950/51 wurde um über 100 000 t übertroffen. Mit einem Ertrag von rund 50 Ztr. Weißzucker je Hektar ergibt sich eine Zuckererzeugung von rund 900 000 t gegenüber 555 000 t im Vorjahre. Das bedeutet eine Devisensparnis von rund 60 Mill. Dollar und stellt selbst die Voranschläge des Marshallplans in den Schatten.

Aber diese Leistung ist mit erhöhten Aufwendungen erbracht worden, mit erhöhten Lohnkosten und verstärktem Materialverschleiß. Noch warten die rübenbauenden Landwirte und die Zuckerindustrie auf den gerechten Lohn für ihre Arbeit. Eine allgemeine Unzufriedenheit herrscht in den Rübenanbaugebieten, vor allem in Nordrhein und Süddeutschland, wo der Grundpreis von 5 DM je Doppelzentner infolge des dort geringeren Zuckergehalts der Röhre erheblich unterschritten wird. Die gleiche Leistung wird 1951 nicht ohne verstärkte Anstrengungen möglich sein. Eine Zuckererzeugung von 900 000 t erfordert normalerweise eine weitere Anbausteigerung um rund 15 Prozent. Die Zuckererzeugung 1951 ist in Gefahr, wenn die Voraussetzungen eines rentablen Rübenanbaus nicht rechtzeitig vor der Aussaat geschaffen werden. Die Entscheidung über die Forderungen der rübenbauenden Landwirtschaft und der Zuckerindustrie müssen jetzt getroffen werden, sonst ist es zu spät.

Aber die Bundesregierung muß auch über die Zuckerversorgung bis zur neuen Ernte schnell Klarheit schaffen. Die heimische Zuckerwirtschaft hat ihren Beitrag zur diesjährigen Versorgung im Vergleich zum Vorjahre mit rund 160 Prozent geleistet. Der Zuckerimport ist aber nur mit 50 Prozent erfüllt. Diese Rechnung geht nicht auf, obwohl die für das laufende Wirtschaftsjahr zur Verfügung stehende Zuckermenge bereits jetzt etwa der Gesamtmenge des Vorjahres entspricht. Das laufende Zuckerjahr ist mit der erheblichen Hypothek einer Unterversorgung aus dem vergangenen Jahr belastet. Der Zuckerausverkauf von Juli bis September, eine Folge der Korea-Krise, hatte eine verstärkte Eindeckung von Handel und Industrie ab Oktober bis Dezember zur Folge. Mit Zuckererschwendung hat das nichts zu tun. Wer heute glaubt, den Nachholbedarf an Zucker durch „neuzzeitliche Methoden der Bewirtschaftung“ ausgleichen zu können, endet bei der Zuckerkarte. Diese aber ist von Bundesregierung und alliierter Hoher Kommission abgelehnt worden. Der Ehrlbedarf muß daher durch die Einfuhr gedeckt werden, um so mehr, als diese noch rund 50 Prozent unter der des Vorjahres liegt, obwohl die Weltzuckererzeugung beträchtlich gestiegen ist.

Der deutsche Arbeiter, der durch seine Exportgüter die Devisen heranschafft, hat das Recht zu fordern, mit einem der billigsten Grundnahrungsmittel ausreichend versorgt zu werden. Obnehin steht der Zuckerverbrauch des Bundesgebietes gegenüber dem anderer europäischer Industrieländer an letzter Stelle. Der noch erforderliche Devisenbetrag wird auf 40 Mill. Dollar geschätzt, wenn die Einfuhr als Rohzucker erfolgt. Es bedarf der Initiative der Bundesregierung, damit die Zuckerversorgung in ruhiger Bahnen gelenkt und die Zuckereinfuhr möglichst wirtschaftlich gestaltet wird.

Die Preiskurve der Textilfasern

W Im Jahre 1950 zeigt die Preisentwicklung für Wolle und Baumwolle, wie immer wieder berichtet, eine stark nach oben gerichtete Tendenz. Insbesondere ist Wolle vom Januar 1950 mit etwa 12 DM per Kilogramm bis Ende 1950 auf etwa 27 DM gestiegen. Baumwolle stieg in der gleichen Zeit von knapp 3 DM auf etwa 8 DM.

Demgegenüber hat sich die Zellwolle der deutschen Produktion von Januar bis Ende 1950 etwa auf gleicher Höhe gehalten, nämlich auf rund 3 DM. Für Rayon (Kunstseide) ergibt sich in derselben Zeit eine mäßige Erhöhung der Preise von 8 auf 9 DM.

Was wird aus den Schuhpreisen?

Einzelhandel wünscht Verständigung mit Industrie

Infolge mangelnder Einfuhrmöglichkeiten hat sich, wie der Hauptverband des Schuhhandels feststellt, sowohl für Hüte als auch für Leder die Situation ganz erheblich verschlechtert. Wenn Ende September bis Mitte Oktober vielfach noch die Meinung bestand, daß sich ein weiteres Ansteigen der Preise vermeiden ließe, hat sich das als Trugschluß erwiesen. Zum Stand von Mitte November betragen die Preissteigerungen bei Box calf und Bindboxleder bereits 45-50 Prozent, bei anderen Ledersorten 50 Proz. Ob die Preise damit zum Stillstand gekommen sind, dürfte bei den fortbestehenden Einfuhrschwierigkeiten zu bezweifeln sein.

Bei dem hohen Materialanteil in der Schuhherstellung, der sich bei Damenschuhen etwa auf 45-55 Prozent, bei Herrenschuhen auf 50 bis 60 Prozent und bei Arbeitsschuhen auf 65-70 Prozent stellt, muß leider befürchtet werden, daß

die Schuhindustrie es bei Preisaufschlägen bis zu 10 Prozent nicht belassen kann.

Dem Schuheinzelhandel wird es daher nicht leicht sein, auf die Dauer noch Zugeständnisse wie bisher dem Verbraucher gegenüber zu machen. Es dürfte allerhöchste Zeit sein, die im September begonnenen Gespräche mit der Schuhindustrie wieder fortzuführen und ernsthafte Überlegungen anzustellen, wie den nun langsam bis zum Verbraucher hin recht spürbaren Preissteigerungen durch gemeinsame Bemühungen zu begegnen und eine volle Auswirkung der Rohstoffpreiserhöhungen zu vermeiden ist. Darüber hinaus dürfte die dringende Notwendigkeit einer Klärung der durch die sprunghafte Entwicklung sehr undurchsichtig gewordenen Verhältnisse in den Geschäftsbeziehungen zwischen Schuheinzelhandel und Schuhindustrie Anlaß zu einer baldigen Aussprache sein.

Wichtiges in Kürze Anpassung des Strompreises

MAINZ. Der 1. Vorsitzende der Vereinigung deutscher Elektrizitätswerke, Generaldirektor Dr.-Ing. e. h. Adolf Pirrung, sagte in Mainz auf einem Festakt anlässlich der Gründung der VDEW, der Strompreise müsse den erhöhten Selbstkosten angepaßt und der Preisstop „tendenziell aufgehoben“ werden, um wenigstens einen Teilbetrag von 1 Mrd. des auf die nächsten 10 Jahre veranschlagten Kapitalbedarfs von 7,4 Mrd. DM durch Eigenfinanzierung aufbringen zu können.

Um der Zunahme des Strombedarfs von rund 43 Mrd. kWh im Vorjahr auf 70 Mrd. kWh im Jahre 1960 gerecht werden zu können, müssen nach Pirrung Kraftwerke mit einer Kapazität von 4,5 Mill. kW und einem Kostenaufwand von 2,7 Mrd. DM neu gebaut werden; der Ausbau der öffentlichen Netze werde 3,7 Mrd. DM erfordern. Hinzu komme der Nachholbedarf an industriellen Eigenanlagen mit etwa 1 Mrd. DM.

Preisindex 1,5 bis 2 Prozent gestiegen WIESBADEN. Nach Mitteilung des Statistischen Bundesamtes haben sich die Preise für lebenswichtigen Bedarf von Mitte Dezember bis Mitte Januar nach Vorausmeldungen von 13 westdeutschen Großstädten erneut um etwa 1,5 bis 2 Prozent erhöht.

Tarifverhandlungen für öffentlichen Dienst FRANKFURT. Ende vergangener Woche begannen in Königsteln im Haus der Länder Tarifverhandlungen für den öffentlichen Dienst. Die Gewerkschaft verlangt die Weiterprüfung der Teuerungszulage und zusätzlich 10 Prozent der Grundlöhne; die DAG fordert eine 25prozentige Teuerungszulage zusätzlich.

Erhöhung der Reifenpreise HANNOVER. Zu Preisermittlungen über eine 30- bis 35prozentige Erhöhung der Reifenpreise teilen die Continental-Gummiwerke mit, daß vom 29. Januar an die bisher gültigen Preise „nur um 18-19 Prozent erhöht werden“. Die Preiserhöhung betrifft nur Kraftwagenreifen.

Kfz-Export verdreifachte Ausfuhrüberschuß FRANKFURT. Die Kraftfahrzeugindustrie erzielte in der Zeit von Januar bis November 1950 einen Ausfuhrüberschuß in Höhe von 325,76 Millionen DM. Mit Einschluß Dezember dürften sich 300 Mill. DM ergeben; der Ausfuhrüberschuß belief sich 1949 jedoch auf 118,9 Mill. DM.

Verwendung der Devisenfreibeträge FRANKFURT. Gemäß Außenhandelsrundschriften Nr. 1/51 ist die Freizügigkeit in der Verwendung des Devisenfreibetrages eingeschränkt

worden. Mit Wirkung vom 29. Januar können keinerlei Nahrungs-, Genuss- und Futtermittel mehr für den Devisenfreibetrag eingeführt werden. Die Höhe des Freibetrages bleibt unverändert.

Ziegelkapazitäten blieben ungenutzt BONN. Die Ziegeleien des Bundesgebietes haben im vergangenen Jahr 4,4 Mrd. Mauerziegel und 900 Mill. Dachziegel hergestellt, wobei ein wesentlicher Teil der Kapazität ungenutzt blieb. Bei voller Kohlenversorgung könnten jährlich etwa 6 Mrd. Mauerziegel und 1,2 Mrd. Dachziegel produziert werden.

Bundesrepublik nimmt an Baumwolltagung teil LAHORE (Pakistan). An der 10. Plenarsitzung des internationalen beratenden Baumwollausschusses vom 1. bis 5. Februar in Lahore wird die deutsche Bundesrepublik zum erstenmal seit Kriegsende teilnehmen. Auf der Tagung sollen die internationale Versorgung, die Produktionsmöglichkeiten und der Verbrauch überprüft werden.

Dollar-Hilfe für Vertriebene?

HAMBURG. Bundesfinanzminister Schäffer erklärte am Wochenende in Hamburg, daß eine internationale 500-Millionen-Dollar-Anleihe zur Überwindung der Not unter den deutschen Vertriebenen möglich sei. Nach einem amerikanischen Gutachten könne eine internationale Anleihe jedoch nur dann gewährt werden, wenn der Lastenausgleich seinen produktiven Charakter behalte und sein Aufkommen nicht allein in den Konsum fließe. Inflationäre Wirkungen seien zu vermeiden. Die Bundesrepublik dürfe sich eine größere Finanzhilfe aus dem Ausland nicht dadurch verschaffen, daß die Mittel des Lastenausgleichs konsumtiv verwendet werden.

Öffentliche Hand und Lastenausgleich

HAMBURG. Bundesfinanzminister Schäffer tritt dafür ein, den Lastenausgleich schnell zu verabschieden. Es müsse durchaus möglich sein, die Soforthilfe mit dem Ende des Haushaltsjahres am 31. März auslaufen zu lassen und mit dem Lastenausgleich am 1. April zu beginnen. Auch die öffentliche Hand müsse zumindest so weit zum Lastenausgleich herangezogen werden, wie sie sich im Wettbewerb mit privaten Unternehmen wirtschaftlich betätige. „Ich meine, der Münchener Ratskeller und das Hofbräuhaus müßten genau so zum Lastenausgleich herangezogen werden, wie die Weinstube nebenan.“

2,5 Mrd. DM Demontageverluste

DÜSSELDORF. Der Gesamtwert der bisher in den westlichen Besatzungsgebieten demontierten 700 Industriebetriebe wird von der „Notgemeinschaft für reparationsgeschädigte Industrie“ auf 2,5 Mrd. DM veranschlagt, wobei der Schiffbau und die Reichswerke in die Berechnung nicht einbezogen sind. Zugrunde gelegt wurden die Werte zurzeit der Demontage. Die beim Abbruch entstandenen Zerstörungen und der Verlust geistigen Eigentums, der sich aus der Demontage ergibt, sind in der gesamten Summe ebenfalls nicht enthalten.

Fast die Hälfte aller Demontagen entfällt auf das Land Nordrhein-Westfalen. Zur Beseitigung der Lücken, die in die industrielle Gesamtstruktur gerissen wurden, hält die Notgemeinschaft eine umfangreiche Remontageaktion für unerlässlich. Bereits früher hat sie deshalb beim Bundesfinanzministerium einen Remontagekredit von zunächst 150 Mill. DM beantragt und den Antrag damit begründet, daß die Remontage die schnellste und billigste Form der Arbeitsbeschaffung sei. Während im allgemeinen für die Schaffung eines neuen Arbeitsplatzes ein Investitionsbetrag von 10 000 DM veranschlagt werde, sei bei Remontage nur eine Summe von etwa 4000 DM für einen Arbeitsplatz notwendig. Der Finanzausschuß des Bundesrates hat die Bereitstellung von 50 Mill. DM befürwortet, die Bundesregierung jedoch noch keinen Beschluß gefaßt.

Wichtig für Mineralölsteuerpflichtige

TÜBINGEN. Nach Mitteilung der Oberfinanzdirektion Tübingen tritt die gesetzliche Neuregelung der Mineralölsteuer mit dem 21. Januar in Kraft. Alle Betriebe, die Erdöl gewinnen, Mineralöl herstellen oder vertreiben, müssen sich beim zuständigen Zollamt melden. Wer am 21. I. steuerbares Mineralöl im freien Verkehr des Inlands in Besitz hatte, muß seine Bestände zur Nachversteuerung anmelden. Auch das am 21. I. noch unterwegs gewesene Mineralöl muß vom Empfänger angemeldet werden. Von den Endverbrauchern wird Nachsteuer erhoben für: Mineralöl, das erst nach dem 17. I. 51 zu ihnen gelangt ist, für bewirtschaftetes Mineralöl, das sie außerhalb der Bewirtschaftung erworben haben, und für nichtbewirtschaftetes Mineralöl, soweit es die betriebswirtschaftlich allgemeinen üblichen Vorräte übersteigt. Über Einzelheiten zur Gesetzänderung erteilen die örtlichen Zollstellen Auskunft.

Handelsabkommen mit der Schweiz

FRANKFURT. Das nunmehr unterzeichnete, im September 1950 paraphierte deutsch-schweizerische Handelsabkommen regelt den Warenverkehr zwischen den beiden Ländern in der Zeit vom 1. 11. 1950 bis 31. Oktober 1951. Für die liberalisierte Einfuhr aus der Schweiz sind Kontingente im Werte von 288,60 Mill. DM vorgesehen, davon 31,6 Mill. DM auf dem Agrarsektor. Die deutsche Ausfuhr wurde mit 190,8 Mill. sfr. angesetzt, von denen 5,8 Mill. auf land- u. forstwirtschaftliche Erzeugnisse entfallen. In Form von Briefwechseln sind dem Abkommen Vereinbarungen über die Einbeziehung Westberlins, die Anwendung der 60prozentigen Freiliste, den Veredelungsverkehr, über landwirtschaftliche Fragen sowie eine „Katastrophenklausel“ beigefügt. Neben einer Klausel zur Anpassung des Zahlungsabkommens an die Bestimmungen der EZU wurden Abmachungen über den privaten Versicherungsverkehr, Lizenzen, Filmgeschäfte und über den Transfer von Löhnen, Gehältern, Pensionen und Renten getroffen. — Im Warenverkehr mit der Schweiz ergab sich 1950 für die Bundesrepublik ein Aktivsaldo von 135 Mill. sfr.

Verwirrung durch Preis- und Lohnstop

FRANKFURT. Die Preis- und Lohnstopverordnung der USA-Regierung hat in amerikanischen Wirtschaftskreisen Verwirrung und Unsicherheit hervorgerufen. Besonders besteht Unklarheit darüber, wie der Preisstop auf das Geschäft an den Warenbörsen u. -märkten angewendet werden soll.

Quer durch den Sport

Kurz berichtet

Die österreichische Box-Nationalstaffel, die heute in Berlin zum ersten Nachkriegsländerkampf auf eine deutsche Vertretung trifft, kam am Montag in Frankfurt an.

Der Sieg der deutschen Zweier-Bob-Mannschaft bei den Bob-Weltmeisterschaften in Alpe d'Huez wurde von der französischen Sport- und Tagespresse in vollem Umfang gewürdigt. Die Deutschen hatten einen neuen Bahnrekord aufgestellt und schätzungsweise eine Spitzengeschwindigkeit von etwa 135 km/std. erreicht.

Der Deutsche Eissportverband entsendet nach elfjähriger Pause mit vier Damen, zwei Herren und drei Paaren ein starkes Aufgebot zu den Europameisterschaften im Eiskunstlaufen nach Zürich.

Aus elf Nationen sind 26 Damen, 10 Herren und 11 Paare gemeldet; doch fehlen in allen Wettbewerben wegen des Fernbleibens der Länder des Ostblocks die Titelverteidiger. Bei den Herren, die am Freitag mit der Pflicht beginnen, ist der deutsche Meister Horst Faber nicht aussichtslos. Bei den Paaren ist Deutschland mit Baran/Falk gut vertreten, dafür ist bei den Damen die Lage ungeklärt, da man sich über die Stärke der internationalen Spitzenklasse nicht klar ist. Immerhin verfügen Helga Dudzinski und Erika Kraft über ein solides Können.

Beim Reitturnier der Bundesländer in Hannover siegte im Mannschaftspringen Hannover vor Schleswig-Holstein und der 7. britischen Panzerbrigade, Hessen, Nordrhein und Berlin.

Seit vergangenen Sommer baut der Reitsportverein Ebingen - Taiffingen an einer neuen Reithalle, um den Reitsport wieder zu aktivieren, der einst in den beiden Albstädten auf beachtlicher Höhe stand. Als Reitlehrer ist Turnierreiter Max Huck verpflichtet worden. Die 60 m lange und 29 m breite Halle wird demnächst eingeweiht.

Totogewinne

West-Süd-Toto: Zwölferwette: 1. Rang je 41 557,75 DM für 5 Gewinner; 2. Rang je 745,45 DM für 378 Gewinner; 3. Rang je 74,25 DM für 5940 Gewinner. Zehnerwette: 1. Rang je 2488,45 DM für 78 Gewinner; 2. Rang je 125,60 DM für 1504 Gewinner; 3. Rang je 12,55 DM für 14 857 Gewinner. WB-Zusatzwette: 1. Rang je 445 DM für 32 Gewinner; 2. Rang je 25 DM für 567 Gewinner. Gesamtumsatz im West-Süd-Toto: 2 379 739 DM. Bayern-Toto: Zwölferwette: 1. Rang je 4728 DM für 25 Gewinner; 2. Rang je 152,50 DM für 778 Gewinner; 3. Rang je 15 DM für 7913 Gewinner. Neuntertip: 1. Rang je 347,30 DM für 81 Gewinner; 2. Rang je 20,70 DM für 1335 Gewinner. Internationaler Zehn: 1. Rang 11 680 DM für 1 Gewinner; 2. Rang je 250 DM für 44 Gewinner; 3. Rang je 22,90 DM für 588 Gewinner. Rheinland-Pfalz-Toto: 1. Rang je 8761 DM für 13 Gewinner; 2. Rang je 329 DM für 398 Gewinner; 3. Rang je 34,35 DM für 3010 Gewinner. — Kleintip: je 1021 DM für 28 Gewinner. Nordblock-Toto: 1. Rang je 9060,50 DM für 40 Gewinner; 2. Rang je 459,50 DM für 885 Gewinner; 3. Rang je 24,30 DM für 10 383 Gewinner.

# Mannerheim: Finnlands großer Marschall

Sein Tod bedeutet für sein Land einen unersetzbaren Verlust / Ein großer Militär und Politiker

Der 84jährige Marschall von Finnland, Gustav Emil von Mannerheim, ist nach einer im Krankenhaus von Lausanne an ihm vorgenommenen Operation verstorben. Außer Svinhufvud, dem die Finnen den Ehrennamen „Vater des Vaterlandes“ gaben, hat kein anderer Mann das Schicksal und die Entwicklung Finnlands so entscheidend beeinflusst wie Mannerheim. Er ist ohne Zweifel eine der interessantesten Persönlichkeiten unserer Zeit, stets klar in einem sehr starken Willen und einem außerordentlichen Ehr- und Pflichtgefühl. Dieser Mann hat eine glänzende militärische Karriere durchlaufen, die ihn vom russischen Gardeoffizier zum Range eines Marschalls von Finnland führte, er hat sich als Forscher, Wissenschaftler und Schriftsteller einen hervorragenden Namen gemacht und seinem Lande auch als Politiker und Staatsmann gedient.

„Um keines der Kinder brauche ich mir Sorgen zu machen — aber was soll nur einmal aus Gustaf werden?“ Die Gedanken der Mutter Mannerheims um den draufgängerischen, vor keinem Streich zurückschreckenden Jungen, der es in der herrlichen Umgebung des hochstädtigen Familiengutes Louhisaari stets am tollsten von seinen sechs Geschwistern trieb, liegen nun fast schon ein Jahrhundert zurück. Dazwischen dehnt sich die Zeit, in der aus dem eigenwilligen Schulbuben der „ungekrönte König Suomis“ wurde. So wenigstens hat man Carl Gustav Freiherrn von Mannerheim, den ersten und einzigen „Marschall von Finnland“, einmal genannt. Seine Ahnen sollen im Mittelalter aus Holland oder Niederdeutschland nach Schweden gekommen sein. Der Stammherr der finnischen Linie, der Urgroßvater Mannerheims, war dann 1793 als junger Major über die Ostsee gefahren. Als Verschwörer gegen seinen Schwedenkönig, von dessen Regiment er Finnland befreien helfen wollte, empfing er das Todesurteil.

## Vom Kadetten zum Zarengeneral

Es gibt wenige Finnen, deren Leben so bestimmd mit der Geschichte ihres Landes verflochten ist wie Carl Gustaf Freiherr von Mannerheim. Allerdings: den Anruf des Schicksals hörte er spät. Als er noch, nach einer glänzenden Laufbahn vom Kadetten in Hamina zum Zarengeneral, Schlachten für die Zwingherren seiner Heimat schlug, starben auf der Gegenseite bereits die Söhne Finnlands für ihr wirkliches Vaterland. Schon als junger Kornett im Chevaliergarderegiment der Kaiserin hatte er sich mit der schönen Generalstochter Anastasia Arapow, einer Russin, vermählt. Aber die Ehe hielt nur ein knappes Jahrzehnt und wurde geschieden. Es ist die Zeit, in welcher der im Sattel wie auf dem Hofparkett gleich sichere, elegante, schlanke und hochwüchsige Offizier als Ulanenchef in der Kaiserlichen Leibgarde das Eliteregiment der gesamten russischen Armee führen darf und der Generalstab ihn auf einen 14 000-Kilometer-Expeditionsritt durch Tibet und China entsendet, dessen wissenschaftliche Ergebnisse selbst einem Sven Hedin Achtung abverlangten. Bereits vorher hatte man ihn auf dem Schlachtfeld des russisch-japanischen Krieges zum Obersten befördert.

## Der Anruf des Schicksals

Den roten Oktobersturm erlebt Mannerheim in Odessa. In Generaluniform mit allen Orden bestiegt er den Zug und reist, ungeachtet von den Bolschewisten, in die Heimat. Vier Wochen später nimmt er den konspirierenden

und debattierenden geheimen finnischen Militärkomitees die Initiative aus der Hand und schafft aus den freiwilligen Bauernschaften seine ruhmreiche „Weiße Armee“. Erst nach langem Zögern entschließt er sich, deutsche Truppenhilfe anzunehmen. Denn mit dem Herzen hat Mannerheim immer mehr auf der Seite des alliierten Westens gestanden. Strategie von hervorragendem Können und großer Entschlußkraft, schlägt er in wenigen Monaten die Rote Garde aus dem Lande. Aber er nimmt seinen Abschied, als die Regierung über seinen Kopf hinweg mit dem deutschen Hauptquartier weitere Abmachungen trifft.

1918 wird Mannerheim zum Reichsverweser Finnlands bestimmt. Doch als er auf einer Skandinavienreise Stockholm und Kopenhagen besucht, kommt es zum Empfang des Gastes zu Streiks und blutigen Unruhen. Und als er sich ein Jahr später zur Präsidentenwahl stellt, erhält sein Gegenkandidat dreimal sovjet Stimmen wie er. Der vornehme Aristokrat ist nie ein Mann des Volkes gewesen. In seiner weißen Uniform mit der weißen Pelzmütze mag er vor allem für die politische Linke die Reaktion verkörpert haben. Aber gerade für sie, auf sozialem Gebiet, schuf sich Mannerheim

## Heuschrecken im Tiefangriff

Durch die „schwarze Wüste“ / Auf einer Sternfahrt „Quer durch Afrika“

IN SALAH. Sooft man auch schon in der Sahara gewesen sein mag, sie entpuppt sich immer wieder als die Wüste der Überraschungen. In ihrer unendlichen Weite weiß man nie, was für neue Abenteuer hinter der nächsten Wanderdüne warten. In bestimmten Abständen findet man französische Außenposten, deren Aufgabe es in erster Linie ist, die einsamen Strecken zu kontrollieren. Immer wieder geschieht es, daß selbst gut ausgerüstete Fahrzeuge hoffnungslos im Sande steckenbleiben. Häufig geht die Besatzung dieser einsamen Wüstenstationen für acht Tage auf eine Kontrollfahrt, bleibt dann aber vier oder sogar sechs Wochen unterwegs. Das ist die Wüste!

## Im Gebiet der „Tademait“

Wir sind mit unserem Volkswagen von El Golea nach In Salah gestartet. Die Entfernung beträgt auf der Karte 420 Kilometer. Was sind das aber für Kilometer! Jeder einzelne von ihnen hat es sozusagen „in sich“, 300 davon liegen im Gebiet der „Tademait“. Es ist dies ein Hochplateau, das, soweit das Auge reicht, aus schwarzem Gestein besteht. Der schwierigen Strecke wegen sind wir bereits gegen 4 Uhr morgens aufgebrochen.

durch seine organisatorisch-schöpferische Tätigkeit zwischen den zwei Weltkriegen unbestreitbare Verdienste.

Dann kam der Winterkrieg. Und wieder riefen die Finnen ihren „Weißen General“. Die Welt erstarrte in Bewunderung vor dem Löwenmut der kleinen Finnenarmee — aber auch ein Mannerheim vermochte keine Wunder zu vollbringen. So kam es zum zweiten Waffenangriff an der Seite Deutschlands.

Um den Weg zu einem Waffenstillstand mit der Sowjetunion freizumachen, trat der durch seine persönliche Bündiserklärung Berlin verpflichtete Staatspräsident Rytö im Sommer 1944 zurück. Mannerheim wurde sein Nachfolger. Zwei Jahre stand er an der Spitze seines Volkes. Schon damals litt er in wachsendem Maße an Herz- und Kreislaufstörungen und unter Magengeschwüren. In Stockholm wurde er operiert. Er fuhr nach Portugal und in die Schweiz, um Erholung zu suchen. Aber als die Finnen einen neuen Präsidenten wählten, flog der greise Marschall in die Heimat, um seinen Stimmzettel in die Wahlurne zu werfen — ein vornehmer greiser Herr, leicht gebeugt unter der Last der Jahre, ein Mann von historischer Größe.

In Finnland wird man sich in diesen Tagen bewegt die Frage stellen, an wen man sich in Zukunft wenden soll, wenn das Land in höchster Gefahr ist. Gleichzeitig wird man aber sein Beispiel vor Augen behalten und auf dem bisherigen Wege voranschreiten: mit Klugheit jeden denkbaren Ausgleich mit dem benachbarten Kolos zu putzen, dabei aber kompromißlos das wertvollste Gut zu verteidigen, das Mannerheim einst erringen half: die Freiheit Finnlands.

Trotzdem brauchen wir den ganzen Tag. Der übelste Teil der Strecke liegt vor In Salah. Dort führt die „Straße“ über weichen, losen Sand, in dem man immer wieder stecken bleibt. Hier muß der Wagen zeigen, was er taugt. Schafft man es nicht mehr bei Tageslicht, so bleibt man hilflos liegen. Und die Nächte in der Sahara sind um diese Zeit eiskalt!

## Plötzlich am Meer?

Der schwierigste Teil der Etappe liegt noch vor uns. Nach der Überquerung eines riesigen Hügels bietet sich unseren, vom grellen Licht der Wüstensonne ermüdeten Augen ein toller Anblick. Vor uns liegt ein endloses Meer, dessen Wogen in gleichmäßig schöner Bewegung sind. Wie ist das möglich? Selbst wenn wir uns gründlich verfahren hätten... Da kommt die Erleuchtung: eine Fata Morgana! Schnell reißen wir die Filmkamera aus ihrem Kasten. Dieses phantastische Bild muß festgehalten werden. Aber es ist zu spät. Bis der Apparat zu surren beginnt, hat sich das Spukbild der Wüste am Horizont in Flimmern aufgelöst. Uns umgibt nichts mehr als der in brütender Sonne gleißende Sand.

## Miniatur-Hubschrauber

Wenig später beginnt plötzlich die Luft um uns herum zu leben. Meilenweit haben wir kein lebendes Wesen zu Gesicht bekommen, und nun schwirrt es uns nur so um die Ohren: Heuschrecken. Im Nu wird der ganze Himmel schwarz. Es müssen Milliarden sein. Einzeln sehen sie aus wie Spielzeug-Hubschrauber, in der Masse sind sie schrecklich. Zu Hunderten rasen sie wütend gegen den Kühler unseres Wagens. Kaum weniger zahlreich bevölkern sie das Innere des Fahrzeugs. Es hat gar keinen Zweck, etwas gegen sie zu unternehmen, es sind ihrer einfach zu viele.

In Timimoun, einer wunderschönen kleinen Oase, steht das Haus des französischen Dichters Andoin Dubreuil, in dem er jedes Jahr einige Monate in völliger Zurückgezogenheit zu verbringen pflegt. Leider treffen wir es leer und wie eine Festung verbarrikadiert an.

## Duelle im Sitzen

Langsam nähern wir uns dem Gebiet der gefährlichen Tuaregs. In dieser Gegend wurde vor knapp 50 Jahren die geologische Ex-

## Gescheiterte Selbsthilfe

LÜBBECKE. Die sieben Familien, die in Lübbbecke in Westfalen als Besitzer von beschlagnahmten Häusern am Freitagvormittag eigenmächtig in ihre Wohnungen wieder eingezogen waren, wurden am Freitagnachmittag von der britischen Polizei aufgefordert, die Wohnungen wieder zu räumen. Falls sie sich diesem Befehl widersetzen, sollten sie verhaftet werden. Daraufhin zogen die Familien, die zum Teil ihre Möbel mitgeführt und auf allen Häusern die Europafahne gehißt hatten, wieder aus. Es gab keine Zwischenfälle.

Die Wohnungen standen, wie es heißt, schon seit Monaten leer, ebenso wie etwa 50 andere von der Besatzungsmacht beschlagnahmte Häuser. Jetzt wurde eine Einigung insofern erzielt, als eine Zusammenkunft zwischen Vertretern der britischen Behörden, der Stadtvertretung und den Besatzungsgeschädigten stattfinden soll, bei der über die Freigabe von Häusern und die Unterbringung der neuen Einheiten verhandelt wird.

## Befähigungsnachweis für Beamte

DÜSSELDORF. Eine fortlaufende Beurteilung der Leistungsfähigkeit und Verwendbarkeit der Beamten hat der Innenminister von NRW in einem Rundbrief verfügt. Ab sofort müssen für sämtliche Beamte als Anlage zum Personalbogen sogenannte Befähigungsberichte geführt werden.

## Neuer „Vakuum-Windkanal“

OTTAWA. In den Laboratorien der kanadischen Regierung in Ottawa ist ein neuer riesiger Windkanal gebaut worden, von dem sich die Wissenschaftler aufschlußreiche Ergebnisse für eine künftige Raumschiffahrt versprechen. Mit einem Kostenaufwand von 250 000 Dollar wurde der neue „Vakuum-Windkanal“ konstruiert. Der Wind wird darin nicht, wie bisher üblich, mit Hilfe von Propellern erzeugt, sondern durch einen fast luftleer gepumpten Raum, der in einer dickwandigen Stahlkugel mit einem Durchmesser von zehn Metern erzeugt wird. Werden die Ventile geöffnet, so strömt die Luft mit mehrfacher Schallgeschwindigkeit in das Kugellinnere.

## Heimkehr griechischer Kinder

BELGRAD. Der Leiter einer dreiköpfigen Abordnung des schwedischen Roten Kreuzes, Dr. Eric Colmberg, hat in Belgrad mitgeteilt, daß vierhundert der insgesamt 8400 noch in Jugoslawien lebenden griechischen Kinder vom jugoslawischen Roten Kreuz in Kürze zu ihren Eltern nach Griechenland zurückgeschickt werden. Die Kinder sind während des Bürgerkrieges in Griechenland nach Jugoslawien gelangt.

Colmberg erklärte, die griechischen Kinder hätten in Jugoslawien unter ausgezeichneten Bedingungen gelebt. Die Verhandlungen über die Zukunft der noch in Jugoslawien verbleibenden etwa achttausend Kinder würden voraussichtlich im März fortgesetzt werden.

## Vulkankraft erschöpft

SYDNEY. Der Mount Lamington, der „Geisterberg“ auf Neu-Guinea, hat am Samstag wieder drei Stunden lang Feuer und Rauch ausgespielt. Die Nacht war weithin vom Widerschein der Eruptionen erhellt. Opfer unter der Bevölkerung sind nicht zu beklagen. Es wird angenommen, daß sich die Kraft des Vulkans erschöpft hat. Die Regierungsanordnung, nach der das Betreten des Gebietes um den Berg verboten ist, bleibt jedoch bestehen. Die Umgebung des Katastrophenherdes ist von der Bevölkerung evakuiert worden.

petition des Professors Flinand bis auf den letzten Mann niedergemacht. Die Tuareg; leben bis auf den heutigen Tag nach ihren 100-tausendjährigen Riten. Alle Versuche der Regierung, sie der europäischen Zivilisation zugänglich zu machen, scheiterten kläglich. I diese stolzen Wüstensöhne erwiesen sich als härter denn das Gestein der „Tademait“. Wehe dem, der hier eine Panne erleidet und einem ihrer immer herumstreunenden Kundschafter in die Hände fällt! Auch untereinander verfahren sie nicht gerade sanft. Ihre berühmte Kampfesart, Duelle sitzend mit rasiermesserscharfen Krummdolchen auszufechten, wird immer noch eifrig gepflegt. Im Gegensatz zu allen anderen arabischen Stämmen gehen bei ihnen die Männer verschleiert, nicht aber die Frauen.

## Geschäft!

Als die ersten niedrigen Gebäude von In Salah in Sicht kommen, atmen wir alle hörbar auf. Geschäft! Wir waren zwölf volle Stunden unterwegs und können kaum mehr auf den Beinen stehen. Wir interessieren uns nicht einmal mehr dafür, was aus den anderen geworden ist. Mit letzter Kraft schaffen wir die Fahrzeuge in eine primitive Garage.

## Anna Magnani ist filmmüde

„Noch zwei bis drei Jahre“, erklärt die große italienische Filmschauspielerin

Von unserem Mailänder C.G.M.-Korrespondenten

ROM. „Noch zwei bis drei Jahre, dann ist auch meine Zeit gekommen“, sagt Anna Magnani etwas müde. Und doch wäre das Abtreten der „Anna nazionale“ für den italienischen und den europäischen Film überhaupt ein schwerer Schlag. Diese eigenwillige Römerin, unter deren wirren Haarlocken und der rauhen Sprache sich die wahrhaft künstlerische Ehrfurcht vor allem Großen verbirgt, ist heute mit Recht eine der größten Schauspielerinnen der Welt, wenn sie überhaupt nicht an erster Stelle steht. „Warum ich die amerikanischen Angebote nicht angenommen habe?“ sagt sie sinnend, „man wollte mir viel zahlen, ich aber sollte in die Staaten gehen. Was soll ich da allein?“ Sie ist mit der Figur der Anita Garibaldi, der Frau des italienischen Nationalhelden so beschäftigt, daß sie auch gar nicht dazu kommt, solche wichtigen Entscheidungen

zu treffen, wie es eine Reise in die USA ist. Die Magnani wird im allgemeinen für eine Frau gehalten, die ihr Gegenüber mit Haut und Haaren verschlingt, weil sie die Haare auf der Zunge hat. Wer sie aber sieht, wenn sie die Sterbeszene der Anita darstellt, überzeugt sich schnell, daß hier ein sehr feinfühler Mensch lebt und stirbt, so wie der Regisseur es will, der außerdem noch ihr Ehemann ist, von dem sie allerdings schon seit Jahren getrennt lebt. „Es ist die erste Sterbeszene meines Lebens, ich habe große Angst davor. Denn die Generalprobe habe ich bereits hinter mir, als ich wegen einer Blinddarmentzündung bereits von den Ärzten abgegeben war.“

## Schläge und Zucker

Dieser Film „Rote Hemden“, der den Rückzug des Garibaldiheeres 1849 von Rom bis zum Tode Anitas in den Comacchiosümpfen zeigt, ist der bedeutendste, der seit „Quo vadis?“ auf italienischem Boden gedreht wurde. Anna Magnani hat reiten lernen müssen, etwas eigenartige Stunden, die der Lehrmeister gab, der so von der Persönlichkeit Annarellas eingenommen war, daß er es nur zögernd wagte, sie hin und wieder zu verbessern. Und außerdem hat sie den schneeweißen „Transatlantico“ des Ex-Duce nicht besteigen können, der für 10 Dollar täglich heute das meistgefilmte Pferd Italiens ist. Denn „Transatlantico“ war infolge eines Beinleidens außer Filmdienst... Dieser schneeweiße Lipizzaner ist der letzte der vier Schimmel Benito Mussolinis, der nach dem Kriege „strafweise“ eine Drochkenkutsche ziehen mußte.

## Geniale Kinder

Aber Rom hat nicht nur die Magnani und den „Transatlantico“ in die künstlerische Waagschale zu werfen. Italien ist das „Produktionsland“ der genialen Kinder. Und nach dem kleinen Dirigenten Pierino Gamba nun die Dirigentin Gianella de Marco, sieben Jahre alt. „Wir fanden sie eines Tages dirigierend vor dem Radio“, erklärte der Vater dieses erstaunlichen Mädchens, nach dessen Taktstock ehrenwerte erprobte Musiker der ganzen Welt spielen. An der Seine kommentiert man: Vater de Marco Ingenieur, Mutter de Marco Sängerin, also ganz erklärlich, daß Tochter de Marco die Verbindung von beiden ist: Dirigentin...

## Kuriositäten aus aller Welt

### Ein neuer „Wundermann“

Ein Wundermann, der mit einer lässigen Bewegung seiner Hand alle möglichen Krankheiten zu heilen weiß, ist in England aufgetaucht. Er übertrifft Grönung noch, denn er gibt bekannt, daß er auch alle an ihn gerichteten Briefe zu beantworten gedenkt. Wenn er das wirklich fertig bringt, möchte man wirklich an Wunder glauben.

### Auch ein Mittel

Als nervenberuhigendes Mittel ließ der Chefarzt eines Krankenhauses in Nelson (England) in den Wartezimmern Aquarien aufstellen. Er verspricht sich von dem stummen „Gesang der Fische“ einen beruhigenden Einfluß auf nervöse Patienten.

### Das war zuviel

Grace Schiffler reichte gegen ihren Gatten, einen Flugzeugführer, die Scheidungsklage ein, weil sie seinen derben Humor nicht mehr ertragen konnte. Er brüllte zum Beispiel immer „Muh“, wenn sie ihr Baby stillte. Der Richter erkannte als Scheidungsgrund seelische Grausamkeit an.

### Ein Schiff kehrte wieder um

Die Lebensverhältnisse für die Eingeborenen in Westindien sind teilweise so schlecht, daß trotz aller Warnungen immer wieder viele von ihnen sich als blinde Passagiere an Bord der abfahrenden Dampfer schmuggeln. Ein englischer Bananendampfer mußte jetzt einige Zeit nach der Aunreise wieder in den Hafen von

Port Antonio auf Jamaika zurückkehren, als 21 überzählige Neger auf ihm entdeckt worden waren. Sie hätten unter Umständen eine Gefahr für Schiff und Passagiere bedeuten können. So mußten Zeit- und Geldverlust in Kauf genommen werden, um ihrer ledig zu werden. Einen Tag nach der neuerlichen Abfahrt meldeten sich weisse sechs Neger als blinde Passagiere. Diese erreichten denn auch tatsächlich London — und landeten dort zunächst im Gefängnis.

### Sicherung gegen Frauenthaare

In der Schwimmhalle der englischen Stadt Newmarket hatte es öfters Ärger dadurch gegeben, daß die Abfließleitungen verstopft waren. Die Schuld daran wurde den weiblichen Besucherinnen beigemessen, die beim Baden angeblich zuviel Haare verloren. Jetzt dürfen die Frauen laut Anordnung des Magistrats nur noch ins Bassin springen, wenn sie sich vorher eine Badekappe aufgesetzt haben.

### Gewaltsamer Jitterbug

Das Gericht in Oslo verurteilte einen norwegischen Studenten zu 1000 Kronen Schadenersatz, zahlbar an eine junge schwedische Dame, mit der der Student so heftig Jitterbug getanzt hatte, daß sie sich eine Gehirnerschütterung zuzog. Die erschütterte Schwedin erklärte, sie sei von ihrem Partner gegen ihren Willen hin und hergeworfen worden und schließlich vor Erschöpfung zu Boden gestürzt. Dabei zog sie sich die Gehirnerschütterung zu.

## Lächelnde Justitia

Heitere Blüten aus Gerichtssälen

Urteilsbegründung eines alten Landgerichtsdirektors: „Jemand das Messer in den Ranzen jagen, ist kein Geschäft.“

Aus einem Schriftsatz: „Ich habe mich als alte Frau immer ehrlich und rüchlich durch das Leben geschlagen.“

Mit Geistesgaben war der Angeklagte nicht gesegnet. Der Gerichtsarzt machte Intelligenzproben: „Sagen Sie, was ist Bescheidenheit?“ — „Wenn einer Bescheid weiß.“ — „Was ist eine Kostbarkeit?“ — „Ein Kotelett.“

Vorsitzender: „Und was geschah dann?“ — „Dann hat er sich der Näherin genähert.“

„Sind Sie vorbestraft?“ — Angeklagter Kraftfahrer: „Ja wohl, Herr Präsident, wegen Sittlichkeitsdelikte.“ Richter: „Wie kommt das?“ Angeklagter: „Das liegt an dem starken Getriebe.“

Nach Hochstaplerart hatte sich der Angeklagte als Arzt ausgegeben und einigen Frauen den Kopf verdreht. Zwei Zuhörer besprachen den Fall: „Ist doch ein starkes Stück, daß solch ein Kerl den Ärzten, die um ihre Existenz ringen, noch Konkurrenz macht.“ Der zweite Zuhörer meinte trocken: „Immerhin gibt er den Rechtsanwältinnen etwas zu verdienen — dieser Beruf ist auch überbesetzt.“

24 neue Baumwarte

Das Landwirtschaftsministerium Tübingen hielt am 19. und 20. Januar in Deckenpfronn und am 23. und 25. Januar in Rohrdorf eine staatliche Baumwarterprüfung ab, bei der sich folgende 24 Prüflinge die Berechtigung zur Führung des Prädikats „Geprüfter Baumwarter“ erwarben: Hans Pfrommer (Welterschwann), Walter Keck (Calw), Ernst Schechinger (Calw), Paul Sattler (Deckenpfronn), Hans Dengler (Ebhausen), Wilhelm Handte (Ebhausen), Wilhelm Schöttle (Ebhausen), Kurt Widmaier (Ebhausen), Christian Gauß (Efringen), Otto Dengler (Gültingen), Philipp Seeger (Holzbronn), Hansjörg Seeger (Hornberg), Karl Faltnacht (Mindersbach), Hermann Müller (Nagold), Karl Oeschläger (Neuweiler), Ulrich Lörcher (Oberkollwangen), Friedrich Weipert (Sulz a. E.), Emil Kaiser (Oberberg), Walter Kirchherr (Wildberg), Hermann Seeger (Wildberg), Jakob Walz (Walldorf), Jakob Volz (Walldorf), Erich Krauß (Beihingen), Walter Theurer (Ueberberg).

Damit steht den Baumbesitzern und Gemeindeverwaltungen zum erstenmal seit 1930 wieder eine einigermaßen ausreichende Zahl von erfahrenen Praktikern des Obstbaus und fachlich geschulten Ratgebern zur Verfügung. Es ist dies mit ein Erfolg der unermüdbaren Arbeit von Kreisbaumwart Walz (Nagold), was an dieser Stelle mit Dank vermerkt werden darf.

Gesunde Höhenluft in Neubulach

Neubulach. Unsere Gemeinde kann für sich in Anspruch nehmen, in ihren Mauern viele „alte Leute“ zu haben, was sicher ein Zeichen seiner gesunden Höhenluft ist. Ueber 80 Jahre alt sind zehn Personen: Elisabeth Pfeiffer (89 Jahre), Heinrich Hannig 87 J., Jakob Duß (86 J.), Jakob Huisel (84 J.), Marta Werner (83 J.), Eva Maria Rölller (82 J.), Adolf Volz (82 J.), Johannes Schneckenburger (81 J.), Hermann Steimle (81 J.), Philipp Adron (80 J.). Von 76 bis 80 Jahre sind es zehn Personen und zwischen 70 und 75 Jahre 27 Personen. Die Alten über 70 Jahre bilden 62,4 Prozent der Gesamtbevölkerung des Städtchens. Wahrlich, ein gesunder Menschenschlag!

Gewerbeverein Nagold neu gegründet

Nagold. Am vergangenen Sonntag wurde in Anwesenheit von Syndikus Eberhardt (Reutlingen), Geschäftsführer Krämer (Calw) und Kreisinnungsmeister Ballmann (Calw) sowie über 100 Angehörigen der Industrie, des Handels und des Handwerks der Gewerbeverein Nagold neu gegründet. Er umfaßt bereits jetzt wieder annähernd 150 Mitglieder. Aus den geheimen Wahlen, die Bürgermeister Breittling (Nagold) leitete, ging Fabrikant H. Kapp als Vorstand, Stadtinspektor Schuster als Schriftführer und Fabrikant E. Rentschler als Kassierer hervor. Als Ausschußmitglieder wurden gewählt: Kaufmann K. Buxenstein, Prokurist K. Harr, Berufsschuldirektor A. Henne, Malermeister E. Hespeler, Schreinermeister H. Schühle, Fabrikant A. Teufel, Kupferschmiedemeister E. Werner und Buchdruckermeister H. Zaiser (sämtlich Nagold), sowie Bürgermeister Mutz (Ebhausen), Bürgermeister Jost (Walldorf), Schreinermeister Chr. Renz (Emmingen) und Fabrikant H. Sannwald (Isehausen/Calw).

Hirsau. Die Altersjubilare unserer Gemeinde sind im Monat Februar: Mathilde Saiber, geb. 1. 2. 81, Jakob Rentschler, geb. 3. 2. 80, Maria Manzel, geb. 6. 2. 71, Johannes Großmann, geb. 6. 2. 79, Albert Benzing, geb. 19. 2. 70.

„Wir besitzen mehr als nur ein Abzeichen!“

Abschluß der Laienführertagung des Evang. Jungmännerwerks in Hirsau

Hirsau. Wie wir bereits in unserer Montag-Ausgabe berichteten, fand Ende letzter Woche im „Kurhotel Kloster Hirsau“ eine Laienführertagung des Evang. Jungmännerwerkes statt, zu der auch maßgebliche Persönlichkeiten des öffentlichen Lebens eingeladen worden waren. Ein Teil dieser Gäste hatte leider noch in letzter Minute seine Zusage des Erscheinens zurücknehmen müssen, darunter auch Bundesinnenminister Dr. Lehr, den wichtige Besprechungen in Bonn festhielten. Ebenso mußte der frühere General Spidel, der ursprünglich am Sonntagnachmittag hätte sprechen sollen, dringender Angelegenheiten wegen der Tagung fernbleiben.

Eine weitere interessante Persönlichkeit jedoch, Prinz Hubertus zu Löwenstein (durch die Helgoländaktion weitesten Kreisen bekannt geworden) gab ihren Beitrag zu den Besprechungen über die Situation unserer Jugend. In einem Vortrag: „Der Christ und der deutsche Mensch zu Fragen der europäischen Geschichte“ bekannte sich der Heidelberger Historiker als Katholik zur inneren Gemeinsamkeit der beiden großen christlichen Konfessionen. Nichts sei wichtiger, als daß beide sich zusammenfinden. Er lehnte den Geschichts-Nihilismus unserer Tage ab und forderte die gründliche Kenntnis der historischen Tatsachen, da nur aus ihnen ein richtiges und unverzerrtes Weltbild erwachsen könne. Gleichwohl bedauerte er das mangelnde Zusammengehörigkeitsgefühl in der Welt und führte die Ursache der Konflikte und Spannungen darauf zurück, daß wir die göttliche Ordnung verloren hätten und darum auch ohne menschliche seien.

Im Gegensatz zur dumpfen Resignation vieler Teile des Westens war er der Meinung, daß kein Grund zur Hoffnungslosigkeit gegeben sei. Die westliche Welt besitze ausreichende innere und äußere Reserven, die man nur zu aktivieren brauche. Voraussetzung dafür sei jedoch die politische und rechtliche Harmonie zwischen allen Völkern. Es genüge auch nicht, wenn man sich ein vereintes Europa nur als losen Zweckverband denke. Das stärkste Aktivum des Westens sah er im Glaubensübergewicht seiner Menschen

Auch der Metzger kann nichts verschenken!

Mißverständnis um die Höchstpreise für ausländisches Schweineschmalz

In unserer Ausgabe vom vergangenen Samstag übernahmen wir eine Mitteilung des Landratsamtes Calw über die Höchstpreise für in- und ausländisches Schweineschmalz. Allerdings erlaubten wir uns, das angegebene Kalkulationsbeispiel wegzulassen und nur noch den Endverkaufspreis, wie er in dem Beispiel genannt war, zu übernehmen. Dies taten wir im guten Glauben, daß wir damit auch den Höchstpreis für ausländisches Schweineschmalz (der mit 2,80 DM je kg angegeben war) gefunden hätten.

Wie sehr wir uns darin getäuscht hatten, stellten wir am folgenden Montag fest, als uns die Fleischerinnung Calw in einem Schreiben darauf aufmerksam machte, daß dieser Preis nur für sogenanntes Global-Schmalz gelte, nicht aber für Schmalz, das auf freiem Wege und zu erhöhtem Preise eingeführt werden mußte. Es war weiter darin gesagt, daß die Metzger des Kreises Calw das augenblicklich verkaufte Schmalz zu 2,78 DM eingekauft hätten und es nach Zuschlag der erlaubten Handelsspanne von 0,44 DM nun zu 3,20 DM je kg wieder verkauften. (Der genehmigte und vom Tübinger Wirtschaftsministe-

rium nicht beanstandete Verkaufspreis würde sogar 3,22 DM betragen.)

Wir vermerken also berichtend, daß es einen feststehenden Höchstpreis für ausländisches Schweineschmalz nicht gibt, sondern daß dieser sich nach dem Einstandspreis der Importeure und deren Abgabepreis an den Großhandel richtet. Hinzu kommt dann noch die Groß- und Einzelhandelsspanne mit 18 bzw. 44 DM je 100 kg, so daß der Verbrauchershöchstpreis variabel bleibt. Allerdings darf er nur unter Zugrundelegung der angegebenen Spannen gebildet werden.

Dies ist von den Metzgern des Kreises in durchaus einwandfreier Weise geschehen. Wenn sie heute für ausländisches Schweineschmalz 3,20 DM je kg verlangen, so haben sie sich nicht nur an die gegebenen Bestimmungen gehalten, sondern darüber hinaus auch noch auf die ihnen zustehende Spanne von 16 DM verzichtet. Man kann ihnen demnach nicht nachsagen, daß sie zuviel verdienen wollten. Und es kann schließlich niemand ihnen zumuten, daß sie ihre Ware unter dem Einkaufspreis abgeben.

Zukünftig feierliche Lossprechung der Lehrlinge

Tagung der Innungsoberrmeister — Ehrung verdienter Handwerksmeister

Vergangenen Montagmorgen fanden sich im „Röble“ in Calw die Innungsoberrmeister und eine Reihe geladener Handwerksmeister des Bezirks Calw ein, um hier Fragen ihres Standes zu erörtern und die Ehrung verdienter Meister vorzunehmen. Kreisinnungsmeister Ballmann begrüßte die zahlreich erschienenen Kollegen und als Gäste u. a. Gewerbeschulrat Wöhr und Berufsberater Schwellert.

Am Anfang dieser Tagung stand die Ueberreichung von Ehrenurkunden der Handwerkskammer Reutlingen an verschiedene Obermeister und Meister, die sich um ihre Innung und damit um das Handwerk besonders verdient gemacht haben. Im einzelnen konnte der Kreisinnungsmeister folgende Handwerker auszeichnen: Damenschneider-Obermeisterin Luise Pfrommer, Damenschneidermeisterin Anna Bozenhardt, Putzmacher-Obermeisterin Emilie Dollinger, Schreiner-Obermeister Karl Heugle (sämtlich Calw), Schreinermeister Karl Fischer (Unterreichenbach), Wagner-Ehrenobermeister Karl Stieber (Calw), Schlosser-Obermeister Eugen Lebzelter, Mechaniker-Obermeister Karl Widmaier, Mechanikermeister Walter Perrot (sämtlich Calw), Schmiedemeister Christian Volz (Hirsau), Küfer-Obermeister Fritz Schaad, Glasermeister Gottlob Dorn, Glasermeister Wilhelm Blum, Sattlermeister Otto Weiser, Tapeziermeister Emil Widmaier und Friseur-Obermeister Josef Odermatt (alle Calw).

Der nächste Punkt der Tagesordnung betraf Fragen der Lehrlingshaltung. Hierzu gab Geschäftsführer Wohlfahrt Hinweise auf die besonderen Aufgaben des Lehrlingswartes. Von der Tatsache ausgehend, das im Bereich des Kreisinnungsverbands am Jahresanfang neben rund 2000 Gesellen etwa 1300 Lehrlinge eingestellt waren, kennzeichnete er die Bedeutung von dessen Betreuungsarbeit und rief an Hand der Richtlinien von 1948 den Anwesenden nochmals die Anweisungen für die Arbeit des Lehrlingswartes ins Gedächtnis zurück.

Berufsberater Schwellert vom Arbeitsamt Nagold berichtete aus seiner Tätigkeit, die

ihm im vergangenen Jahr annähernd 3500 Ratsuchende zugeführt hatte, von denen rund 1600 in Lehrstellen vermittelt werden konnten. Als erfreuliches Zeichen registrierte er den Umstand, daß von allen Schulentlassenen des letzten Jahres nur fünf von vornherein erklärten, daß sie Hilfsarbeit aufnehmen wollten.

In der Aussprache zu diesem Punkt der Tagesordnung wandten sich verschiedene Obermeister gegen willkürliche Verkürzungen der Lehrzeit. Geschäftsführer Wohlfahrt und Gewerbeschulrat Wöhr brachten dazu in Erinnerung, daß derartige Herabsetzungen der Ausbildungszeit nur bei Lehrlingen über 18 Jahren in Frage kommen. Zu der Kritik der Industriegewerkschaft „Metall“ an der Lehrlingshaltung einzelner Betriebe bemerkte Kreisinnungsmeister Ballmann, daß die Verhältnisse überprüft worden seien und auch zu einigen Ausstellungen Anlaß gegeben hätten, daß man aber die Darstellung der Gewerkschaft als reichlich übertrieben bezeichnen müsse. Im übrigen sollte auch dieser Vorgang für die Handwerksmeister Anlaß sein, sich genau an die Richtlinien für die Lehrlingsausbildung zu halten.

Der Kreisinnungsmeister machte der Versammlung ferner den Vorschlag, nach dem Beispiel des Neuenburger Bezirks auch in Calw alljährlich eine Lossprechungsfeier abzuhalten und damit eine Ausstellung der Gesellenstücke zu verbinden. Des weiteren sollte den Losgesprochenen ein Gesellenbrief im früher gebräuchlicheren größeren Format ausgehändigt werden. Die Versammlung gab in ihrer über-

Kommunale Jahresbilanz in Stammheim

Rechenschaftsbericht von Bürgermeister Kirchherr vor der Bürgerschaft

Stammheim. Die Bürgerschaft war auf den vergangenen Samstag in die Turnhalle eingeladen worden, um dort den Rechenschaftsbericht der Gemeindeverwaltung entgegenzunehmen. Bürgermeister Kirchherr eröffnete die Bürgerversammlung und begrüßte die Einwohner, insbesondere die Besucher der Stammeimer Außenbezirke, Station Teinach und Oeländerle.

Seinen Darlegungen war zu entnehmen, daß der Haushalt trotz erheblicher Ausgaben sehr ordentlich ausgefallen werden konnte. Naturgemäß bildeten in der kriegszerstörten Gemeinde die Wiederaufbaumaßnahmen den Hauptteil der Aufgaben. Ueber die einzelnen baulichen Vorhaben, die im abgelaufenen Jahr erfolgreich durchgeführt wurden, haben wir bereits früher ausführlich berichtet, so daß wir auf eine Wiederholung verzichten können.

Ein Siedlungsprogramm von 10—12 Eigenheimen ist in Aussicht gestellt, doch stehen

Im Spiegel von Calw

Das Postamt Calw gibt bekannt:

Nach einer Mitteilung der Oberpostdirektion werden die Postämter ermächtigt, an Werktagen und Sonntagen gewöhnliche Paketsendungen (ausgenommen Massensendungen) auch außerhalb der Schalterdienststunden und sofern die Abbeförderungsmöglichkeit besteht, ohne Erhebung einer Einlieferungsgebühr anzunehmen. Voraussetzung hierfür ist, daß sowieso Beamte bei den betreffenden Postanstalten dienstlich anwesend sind.

Das Programm des Volkstheaters

Fünf Nationen zeichneten das Filmwerk „Monsieur Vincent“ aus, das auf der 8. Biennale in Venedig Aufsehen erregte. Jean Anouilh und Maurice Cloche schrieben das Drehbuch, ein Meister der Regie, Maurice Cloche, inszenierte es, ein genialer Künstler, Pierre Fresnay, gab der Hauptfigur blutvolles Leben. Der Film schildert das Ringen des Heiligen Vincent de Paul, der im Frankreich des 17. Jahrhunderts gegen die Seuchennot und das Elend breiter Volksmassen ankämpfte. Um der Armen willen verzichtete er auf Amt und Würden, sein Vorbild leuchtete von der Galeeren-Ruderbank, Opfern der Pest, Flüchtlingen, Greisen und Findelkindern gab er Asyl. Sein Wort zwang die Reichen zu tätiger Hilfe. Dem Wegbereiter neuen Denkens prägte das Volk den schönsten Ehrentitel „Monsieur Vincent“. Ihm hat nun auch der Film ein Denkmal gesetzt. — Vorführtage heute und morgen.

„Kommet wie ihr welle!“

Unter dem zwanglosen Motto: „Kommet wie ihr welle!“ hält die Chorvereinigung „Liederkrantz-Concordia“ am nächsten Samstag um 20 Uhr in der Stadthalle ihre diesjährige Faschingsveranstaltung ab.

Fasnet beim MSC. Calw

Der Motorsportclub Calw hat seine Mitglieder und Freunde auf kommenden Sonntag um 20.11 Uhr zum Faschingstreiben in die Stadthalle eingeladen.

wiegenden Mehrheit dazu ihre Zustimmung

Zum Beschluß der Tagesordnung kamen verschiedene Gegenwartsprobleme zur Sprache. So machte der Kreisinnungsmeister auf die bedenkliche Entwicklung in der Lohnpreis-Bewegung aufmerksam, die das Preisgefüge mehr und mehr verändere. Der Käufer begehre dabei den Fehler, Handwerk und Handel für die ansteigenden Tendenzen verantwortlich zu machen, übersehe aber die wirklichen Ursachen der Preiserhöhungen. Weitere Betrachtungen galten der Gewerbefreiheit und der Schwarzarbeit, wobei an Einzelbeispielen dargelegt wurde, daß teilweise durch staatliche Maßnahmen die Schwarzarbeit gefördert werde. Gegen 21 Uhr fand die von Sachlichkeit getragene Versammlung ihren Abschluß.

Evang. Jungmännerwerks in Hirsau

und fand für diese Ueberzeugung die prägnante Formulierung: „Wir besitzen mehr als ein Abzeichen, wir besitzen den lebendigen Christus.“

Weitere Vorträge und lebendig geführte Aussprachen rundeten das Gesamtbild dieser Tagung, von der man annehmen darf, daß sie den Laienführern manche wertvolle Anregung für ihre verantwortungsschwere Jugendarbeit mitgegeben hat.

Auf den Gehältern von 1927 sitzen geblieben

Halbjahreszusammenkunft der Gewerkschaft

Am letzten Samstag kamen die Vorstandsmitglieder der Gewerkschaft öffentliche Dienste, Kreisverwaltung Calw, zu der üblichen Halbjahressitzung zusammen. Der Vorsitzende, Kreisamtmann Sternbacher, führte aus, daß die Gewerkschaft öffentliche Dienste im Rahmen der Industriegewerkschaften die berufene Vertretung aller im öffentlichen Dienst tätigen Beamten, Angestellten und Arbeiter sei. Gerade die Arbeitnehmer des öffentlichen Dienstes, die noch auf ihren Gehältern vom Jahre 1927 sitzen, hätten es notwendig, sich in einer großen Organisation zusammenzufinden.

Bezirksstellenleiter Spidel (Reutlingen) berichtete über die Arbeit der Gewerkschaft auf der Landes- und Bundesebene. Die Vorwürfe, daß die Forderungen der Gewerkschaften auf Lohn- und Gehaltserhöhung der Anfang der Inflationsschraube seien, weist er als unberechtigt zurück. Nachdem die Preise für alle Dinge des täglichen Lebens gestiegen sind und immer weiter steigen, kann eine weitere Zurückhaltung der Gewerkschaft gegenüber den organisierten Schaffenden nicht mehr verantwortet werden. Trotz vieler Schreiben, mündlicher Versprechungen, Vorläge von Entschlüssen usw. wurden die Preise auf die alte Höhe vom 30. Juni 1929 nicht zurückgeführt. Das Gegenteil trat ein. Auch die Miete hat sich, wie 3000 Umfragen ergaben, in vielen Fällen stillschweigend bei Altmietungen bis zu 12 Pro-

Öffentliche Dienste, Kreisverwaltung Calw

zent und bei Neubauwohnungen bis zu 80 Prozent erhöht. Es ist erwiesen, daß Bevölkerungskreise, die nicht dem Arbeitnehmerstand angehören, ihren Lebensstandard nicht einschränken mußten, da sie an den erhöhten Preisen mitverdienten. Es gehe nicht an, daß, wenn schon davon gesprochen werde, die Preiserhöhungen würden von dem verlorenen Krieg und von der Angleichung an die Weltpreise herrühren, die Schaffenden alle Kriegsfolgelasten zu tragen hätten.

Bei den z. Z. schwebenden Lohn- und Gehaltsverhandlungen mit dem Bund, den Ländern, den Gemeinden, Gemeindeverbänden usw. ist die Gewerkschaft öffentliche Dienste der anerkannte Vertragspartner der Beamten, Angestellten und Arbeiter. Die Gewerkschaft hat an die zuständigen Stellen genau begründete Lohn- und Gehaltsforderungen eingereicht und es hat sich schon bei der Durchführung des Streiks bei den Wasserstraßen gezeigt, daß die Gewerkschaft imstande ist, ihre in vernünftigen Rahmen gehaltenen und der Leistungsfähigkeit des Staates und der Kommunen angepalten Forderungen durchzusetzen.

Geschäftsführer und Kassierer Stauch erstattete den Halbjahresbericht. Die Kreisverwaltung umfaßt jetzt 493 Beschäftigte des öffentlichen Dienstes, und hat damit im letzten Halbjahr einen absoluten Zugang von 24 Personen zu verzeichnen.

seiner Verwirklichung bis jetzt die übermäßigen Forderungen der Grundstücksbesitzer hindernd im Wege. Die Bachkorrektur ist, abgesehen von einigen kleineren Arbeiten, im wesentlichen abgeschlossen. Das Ortsstraßennetz wurde weitgehend verbessert, Oberflächenbehandlung durchgeführt und eine größere Anzahl von Feldwegen hergerichtet. Der gemeindeeigene Steinbrecher tat dabei gute Dienste. Eine Ueberholung der Steinschlagmaschine erforderte annähernd 5900 DM. In verschiedenen Straßen wurden Kanalisationen gelegt, andere Straßenzüge stehen heran.

Der erste Bauabschnitt der Stammheimer Wasserversorgung wurde reibungslos zu Ende gebracht. Die Wasserversorgung ist durch Fassung der Quellen im Winkelal und die Zuleitung zur Pumpstation auf Jahre hinaus gesichert. Der Bau eines Hochwasserbehälters am Galgenberg wird vorangetrieben. Die Benutzung des Freibades und der Turnhalle wurde durch Vertrag neu geregelt; für Schul- und Turnzwecke stehen Halle und Bad an bestimmten Tagen kostenlos zur Verfügung. Die Gemeinde hat für die Turnhalle 200 Klappstühle beschafft.

Der Gemeinderat trat 22mal zusammen und beschloß in 105 Fällen. An die Stelle des im Mai verstorbenen Gemeinderats Eugen Kirchherr rückte Fritz Gwinner nach. Der seitherige Waldmeister Johannes Dengler ist in den wohlverdienten Ruhestand getreten und wird nach Ausbildung auf der Forstschule durch Holzhauer Georg Fischer ersetzt. Die Gemeindejagd wurde neu vergeben; einige Wildschweine konnten vom Pächter und dem Förster bereits erlegt werden. Die Feuerwehr mußte nur einmal in Aktion treten. An die Stelle der ungenügenden Gemeindegewäage wird bei der Darlehenskasse eine neue Autogewäage treten. Das Verkehrsnetz an der Reichsstraße hat eine Umgestaltung erfahren und soll jetzt der Öffentlichkeit übergeben werden. Besondere Aufmerksamkeit wird man auch in diesem Jahr wieder dem Fremdenverkehr widmen.

Gemeinderat Inspektor Gugeler dankte dem Bürgermeister für seine Ausführungen und gab als Vorsitzender der Baulandumlegungskommission einige Erläuterungen zu diesem Problem. Die Umlegung ist jetzt abgeschlossen und die Beteiligten werden mit einer 30-prozentigen Erhöhung ihre Abrechnung erhalten.

Nach Beantwortung verschiedener Anfragen schloß Bürgermeister Kirchherr mit Dank an die Besucher die harmonisch verlaufene Versammlung.

Sport - gestern und morgen

Tabellenstand Bezirksklasse

Table with columns: Sp. ges., Gew., Verl., Tore, Punkte. Lists teams like Neuenbürg, Calw, Langenalb, Altbürg, Gräfenhausen, Pfingzweiler, Waldrennach, Feldrennach, Ottenhausen, Contweller, Schwann, Engelsbrand, Unterreichenb.

Jugendpflichtspiele Unterkreis Calw

Calw AII Jgd. - Altbürg AI Jgd. 3:1
Calw AI Jgd. - Stammheim AI Jgd. (von Stammheim kampflos verzichtet)

Ein Spiel wie es sein soll, lieferten sich die beiden Jugendmannschaften Calw II und Altbürg bei guten Platzverhältnissen auf dem Calwer Wimbürg. Vom Anstoß bis zum Schlußpfiff wurde von beiden Teilen mit ganzem Einsatz gekämpft, der am Ende dem Glücklicheren zufiel.

Nachdem Stammheim auf die Punkte gegen die Calwer AI-Jugend kampflos verzichtet hat, wird das Spiel mit dem Torverhältnis von 0:0 für Calw gewonnen in der Tabelle geführt.

Tabellenstand:

Table with columns: Spiele, Torverh., Punkte. Lists teams: Calw AI Jgd., Breitenberg AI, Calw AII, Altbürg AI, Stammheim, Calw AIII.

Am Sonntag, 4. Februar, findet nur die Begegnung Altbürg-Stammheim statt.

Hermann Dill siegte

Hermann Dill begann in Calw in der Fecht-Abteilung des ehemaligen „Turnvereins von 1846“ das Fechten als Jugendfechter. Noch heute gehört er dieser Abteilung an und hat sich nach zielstrebigem zäher Trainingsarbeit von Stufe zu Stufe vorgearbeitet.

Wir beglückwünschen den erfolgreichen Fechter und hoffen, daß er am 17./19. Februar bei den deutschen Hochschulmeisterschaften in Düsseldorf neben allem Können die notwendige Ruhe und eine gute Portion Glück hat, um mit neuen Erfolgen heimzukehren.

Aus dem Lager der Calwer Fechter

Am 4. März fahren die Calwer Fechter mit vier Mannschaften nach Pforzheim zu Mannschaftskämpfen gegen den badischen Mannschaftsmeister von 1950, den Turnverein 1834.

CALWER ZEITUNG
Verlag Paul Adolph, Calw, in der Schwäbischen Verlagsgesellschaft m. b. H.
Redaktion und Geschäftsstelle Calw: Lederstraße
Telefon 735

Winterschluß-Verkauf bis 10. Februar

zu besonders günstigen Sonderpreisen:

- 1 Posten Herren-Wintermäntel DM 60.-, 70.-, 80.-
1 Posten Burschen-Wintermäntel DM 40.-
1 Posten Knaben-Wintermäntel DM 30.-, 32.-, 34.-
Knabenanzüge aus guten Stoffen DM 20.-, 22.-, 24.- bis 38.-
Knabenwindblusen, imprägn. DM 16.70, 17.60, 18.50, 19.90
Knabenhemden aus Trikot und Wäschestoff DM 1.-, 1.50, 3.-
Herrensporthemden DM 6.-, 7.50, 7.80, 8.-, 9.-, 9.90, 10.-, 11.50 und höher
Winterdirndstoffe und Velvetin, 80 cm breit DM 2.20, 2.80, 3.-
Karierte Winterkleiderstoffe, 80 cm breit, DM 3.90, 4.50, 5.90, 6.20
Karierte Winterkleiderstoffe, 130 cm breit, DM 6.90, 7.50, 7.90
Einfarbige Winterkleiderstoffe in vielen Farben DM 4.90, 5.40
Wollstoffe, 130 cm brt., in verschied. Farben DM 14.80
Einfarbige Seidenkleiderstoffe, 90 cm brt., DM 5.-, 6.-, 10.- und 10.50
Schwarze Seidenkleiderstoffe, 90 cm brt., DM 4.-, 5.-, 5.40, 10.-, 10.50
Weiße Seidenkleiderstoffe, 90 cm brt., DM 5.-, 5.20, 6.-
Gläsertücher, reine Baumwolle, ca. 60/60 cm, DM 0.80
Dunkle Küchenhandtücher, reine Baumwolle, 50/90 cm, DM 1.90
Halbleinene Küchenhandtücher, 50/100 cm, DM 2.20
Blumendamast, 130 cm brt., in besonders preiswerter Qualität, DM 5.95

Paul Räuchle, Calw

Marktplatz 18

HOTEL WALDHORN, CALW

Traditioneller ROSEN MONTAGSBALL

Tanz in sämtlichen dekorierten Räumen

Beginn 19.01 Uhr. Ende wenns Geld ausgeht

Karten- und Tischbestellungen ab sofort

Wir bitten uns, Verwandte, Freunde und Bekannte zu unserer am Samstag, den 3. Februar 1951, im Saalbau Rentschler in Altbürg stattfindenden

Hochzeitsfeier

freundlichst einzuladen

Albert Rupp
Sohn des Christian Rupp, Landwirt u. fr. Küfer, Calw-Alzenberg
Johanna Bühler
Tochter des Jakob Bühler, Landwirt, Rotfelden
Kirchgang 1 Uhr in Altbürg

Gledviehzuchtverein Calw

Am Freitag, den 2. Februar, 18.30 Uhr findet im Saalbau Weiß in Calw die diesjährige

Mitgliederversammlung

statt. Zu der Veranstaltung werden die Mitglieder, die Herren Bürgermeister und Ortsobmänner sowie Freunde und Gönner der Rindviehzucht freundlichst eingeladen.

Der Vorsitzende: Binder

Grundstücksmarkt

Kauf und Verkauf von Grundstücken aller Art sowie Abschluß von Bausparverträgen der Leonberger Bausparkasse vermittelt

Julius Widmaier, Immobilien und Versicherungen
Calw, Schillerstraße 22, Telefon 305

Altsilber Altgold

jede, auch kleinste Menge, kauft zu Tageshöchstpreisen
Hellmut Pohlmann, Uhren - Schmuck
Calw, Lederstr. 4

Winter-Schluß-Verkauf

GUTE HERRENBEKLEIDUNG

Wetzel

HERREN- UND KNABENBEKLEIDUNG

Calw, Badstraße 15

Calw, 29. Januar 1951

Statt Karten

Danksagung

Für die liebevolle Teilnahme, welche wir beim Hinscheiden unserer lieben Mutter

Lina Fischer

in so reichem Maße erfahren durften, sagen wir allen herzlichsten Dank.

Gertrud Fischer
Otto Fischer

Bei Trauerfällen

dienen wir schnell mit würdiger

Trauerkleidung

in günstigen Preislagen
Unter den vielen Größen und Weiten unserer Spezialabteilung finden auch Sie das Passende.

Kurt Erber
MODEHAUS

PFORZHEIM am Sedanplatz

Sind's die Haare?

Denk an ODERMATT



Ref.-Haus Pfeiffer, Badstraße 11

Zahnarzt Dr. Müller
Calw

vom 31. 1. bis 3. 2.

keine Sprechstunde

Am Samstag und Sonntag, den 3. und 4. Februar halten wir

Metzelsuppe



und laden hierzu höflichst ein

Familie Schäd,

Gasthaus zur „Jungfer“, Calw

Jüngeres Mädchen

welchem Gelegenheit geboten ist, den Haushalt zu erlernen, für sofort gesucht.

Sägwerk Burkhard,
Unterreichenbach, Telefon 63.

CHORVEREINIGUNG LIEDERKRANZ-CONCORDIA CALW

Samstag, 3. Februar 1951, abends 8 Uhr in der Stadthalle

großer Faschingsball

Motto: Kommet wie Ihr wellet

Eintritt für Mitglieder DM 1.-
für Nichtmitglieder DM 3.-

Kartenverkauf für Nichtmitglieder bei Leder-Wochele, Lederstraße und an der Abendkasse, für Mitglieder nur an der Abendkasse

Auch diesmal

zu herabgesetzten Preisen

DAMEN- UND KINDERBEKLEIDUNG · WINTERMÄNTEL

Ski-Bekleidung · Trainingsanzüge

schöne WINTERDIRNDL-STOFFE ab DM 2.25

— billige Dekorations- und Vorhangstoffe —

im WINTERSCHLUSSVERKAUF bei

Dawr
am Markt

Tüchtig müssten sie sein,

die Verkäuferinnen, die wir suchen, aber es wird ihnen auch allerhand geboten. Wir sind ein Textilgeschäft, eines der ersten Häuser am Platz. Wenn Sie Lust haben, dann fragen Sie doch einmal bei uns an

Wilhelm Maute, Textilhaus, Ebingen

WINTER SCHLUSS-VERKAUF



--- denken Sie an

Zinser HERRENBERG

Abendkochkurs

Beginn 12. Febr. „Bürgerstübli“-Anmeldungen nimmt entgegen
Albert Burk, Calw, Bahnhofstr. 47.

Vollfrische Trinkeier

gibt ab zu Tagespreisen
Gerhard Kroll
Simmozheim Kreis Calw
Stalg 2.

Zum Servieren und zur Mithilfe im Haushalt wird

Mädchen

im Alter von 18-25 Jahren gesucht, kann auch angeleitet werden.
Karl Moersch, z. Bahnhof Teinach.

Schwerhörige

Das einzigartige deutsche Miniatur-Röhrengerät können Sie unverbindlich und kostenlos erproben am
Samstag, 3. 2. in Calw von 15-19 Uhr, Waldhornhotel
Atlas-Werke A.G., Bremen
Abl. Schwerhörigengeräte
Teilzahlung - Kassenhilfe
Platzvertretung mit Kundendienst zu vergeben.

Ab heute steht in unserer Stallung ein Transport in besten hochtragenden schwarz- und rotbunten sowie Simmentaler.

Kühen u. Kalbinnen



Kauf- und Tauschliebhaber laden freundlichst ein

W. und E. Schill, Neubulach

Omnibusverbindung nach Neubulach ab Station Teinach 6.30, 8.10, 12.00 und 14.55 Uhr.

Heimarbeit

von tüchtiger Frau für Maschinennähen oder Stricken gesucht. Ausk. erteilt die Gesch.-Stelle des Blattes

Herd

gut erhalten, wegen Umzugs preiswert abzugeben. Ausk. erteilt die Geschäftsstelle.

Ein Paar ca. 18-20 Ztr. schwer

Zugochsen

setzt dem Verkauf aus. Wer, auf die Geschäftsstelle dieses Blattes

Verkaufe ca. 14 Ztr. schweren

Zugochsen

Ausk. ert. d. Gesch.-Stelle ds. Bl.

Ideale OMNIBUS-Verbindung nach Herrenberg und zurück.

mit dem Omnibus-Däuble

Calw Bbl. u. Lände ab 8.00 12.15
Stammheim ab 8.15 12.30

Rückfahrt:

Jetzt täglich ab 11.00 16.10

30 Vergütung erhalten 30

0 Sie bei Ihrem Einkauf ab DM 45.- 0

Nützen Sie diese günstigen Möglichkeiten für Ihre Textildienste bei

Zinser

Herrenberg